INTERIM
auswärts
3 DM
Wöchentliches Berlin-Info
2,50 DM
Nr. 362
8.2.1996

Internationale Häuser-Aktionstage

Der Häusermob (Kreutziger Str. 21, Niederbarnimstr. 23, Rigaerstr. 83/84, Scharnweberstr. 28, Palisadenstr. 49, Alt-Stralau 48, Kinzigstr. 25 [Friedelhain]; Linienstr. 158/159, Kleine Hamburger Str. 8 [Mitte]; Pfarrstr. 88 [Lichtenberg]; Marchstr. 23/ Einsteinufer 41 [Charlottenburg]; Schliemannstr. 39 [Prenzlberg]; AG „Schöner Wohnen"]) veranstaltet im April mal wieder Aktionstage in Berlin. Dazu rufen wir alle interessierten Menschen, Häuser, Gruppen auf, sich zu beteiligen oder uns zu unterstützen.

Aktionsplenum jeden Sonntag um 14 Uhr in der Køpi (Frühstück), Köpenicker Straße 137.

Hallo hallo!
Wieder eine Sparnummer, tut uns leid - aber von nix kommt nix!
Wenn ihr also offensichtlich nicht damit beschäftigt seid Papiere zu schreiben, haben wir einen prima Tip gegen Langeweile: Gerüchte konkretisieren sich, daß der Castor-Transport anfang nächster Woche von Greifswald durch/um Berlin nach Ungarn transportet werden soll. Also Augen und Ohren aufhalten, ne?!
Im dieswöchigen Wort zum Donnerstag sind wir einige Male über die Flapsigkeit und Arroganz dieses Beitrags gestolpert, z.B. Beschreibungen wie "die Lohnarbeits abhängigen, die für eine menschenwürdigere Ausbeutung kämpfen" finden wir falsch. Wenn wir nicht mit Leuten auf die Straße gehen wollen, die andere Lebensrealitäten als die "autonomen Kräfte" haben, dann bleiben wir halt 300.
Liebe A33-BesetzerInnen! Eure Papiere sind nicht zu entziffern, schickt sie demnächst doch mal lesbar!
Was die Wetterwünsche der unterschiedlichen open-air-AktivistInnen angeht, so könnte es in Tiergarten schneestürmen und an der A20 der Frühling losbrechen. Da wissen wir jetzt irgendwie auch nicht weiter...
In eigener Sache: Die Postleitzahl unserer Postadresse ist mittlerweile fünfstellig: 10961 Berlin.
Bis zum nächsten mal - euer Werbemagazin Interim

Impressum

HerausgeberIn:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

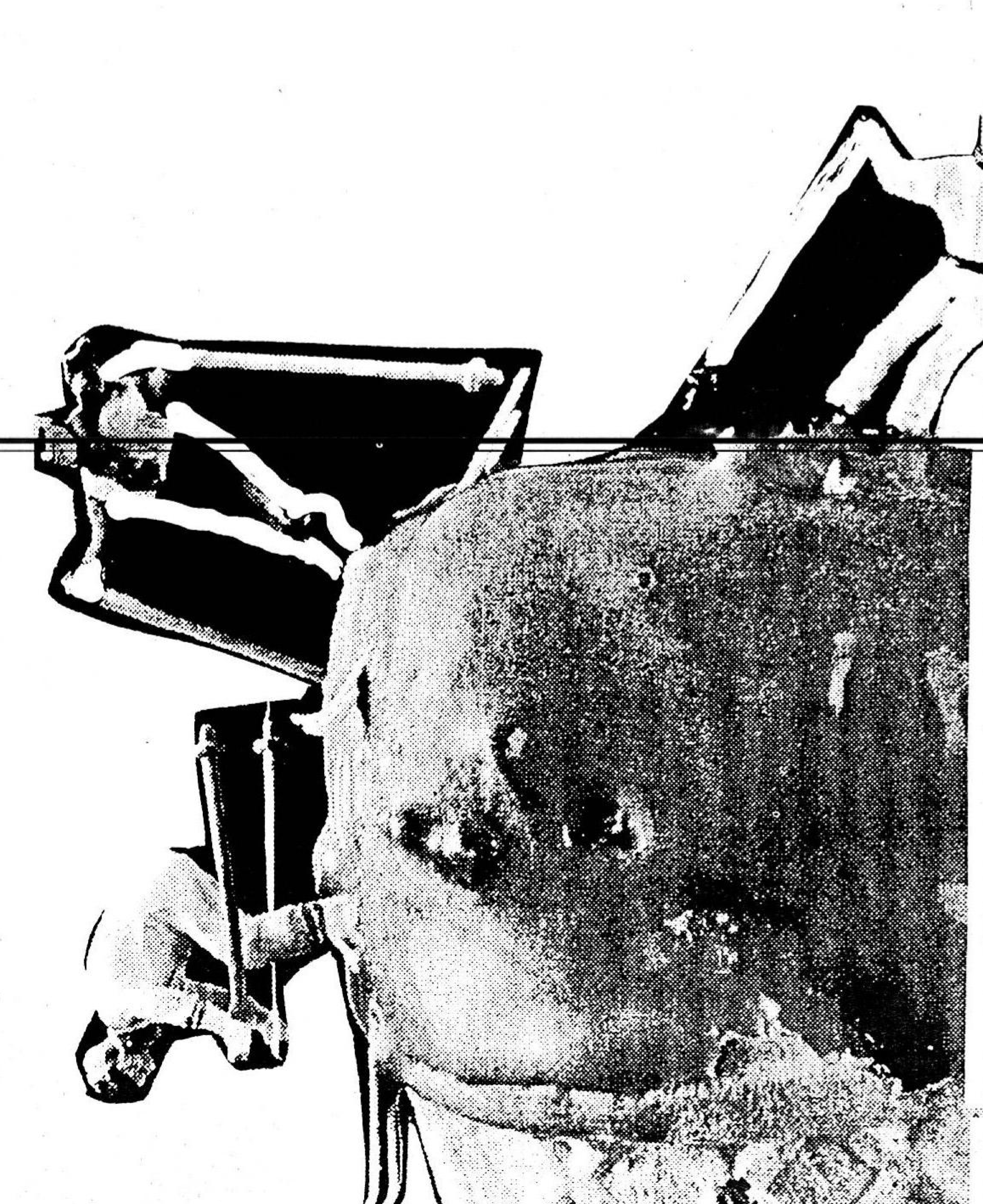
Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.





Inhalt:

Pressemitteilung

Am 24. sollte im Stadtteilkulturzentrum LoLa eine Lesung von Wiglaf Droste stattfinden.

Wiglaf Droste versteht sich als Satiriker und als politisch links orientiert. Er unterstützt und verbreitet Thesen, die sich einreihen in die Kampagne "Mißbrauch mit dem Mißbrauch". Zum Beispiel behauptet er, mit sexueller Gewalt an Kindern werde Mißbrauch betrieben, indem das Problem maßlos hochgespielt und für andere Zwecke ausgenutzt werde. Droste spricht in diesem Zusammenhang wiederholt von" Paranoia" und "Hysterie" und schreckt nicht davor zurück, Kritik feministischer Beratungsstellen mit dem Verhalten vom Nationalsozialistischen BDM zu vergleichen, und verlangte in einem Interview, den Anlaufstellen gegen sexuelle Gewalt, "Wildwassere.V." und " Zartbitter e. V:" das Handwerk zu legen. Engagierte Feministinnen diffamiert er - rein satirisch natürlich!! - als "Geschosse des Grauens, die stinken" und "Schabracken, die im Leben nur eins sein wollen, nämlich Opfer".

Dank derart bodenloser Anfeindungen, die sich in einen lauten gesellschaftlichen Kanon einreien, wird es für Frauen und Kinder, die sexuelle Gewalt erfahren haben, wieder schwerer, über das erlittene Unrecht zu reden und Unterstützung zu finden. Beratungstellen könnte dadurch der ohnenhin nur tröpfelnde Geldhahn zugedreht werden, und die Täter ? Ihr Tun wird einmal mehr bagatellisiert und gerechtfertigt.

Seit über einem Jahr wird Bundesweit von verschiedenen Gruppen der Versuch unternommen, Lesungen und andere Veröffentlichungen von Wiglaf Droste zu verhindern. Genau so haben wir heute versucht, die Veranstaltung in der LoLa zu unterbinden.
Schon im Dezember letzten Jahres wurde im Bergedorfer Stadtteilkulturzentrum eine Veranstaltung Drostes angesetzt , die kurzfristig wegen Krankheit ausfiel. Bereits damals waren Flugblätter zu der Thematik im Umlauf, und es kam zu Protesten vor Ort. Im Vorwege des Januartermins wurden den Veranstalterinnen Infomaterialien gegeben, und sie wurden ebenfalls aufgefordert, die Lesung abzusagen. Diese Aufforderung kam unter anderem auch von der Beratungsstelle für Betroffene von sexueller Gewalt, "Zornrot".

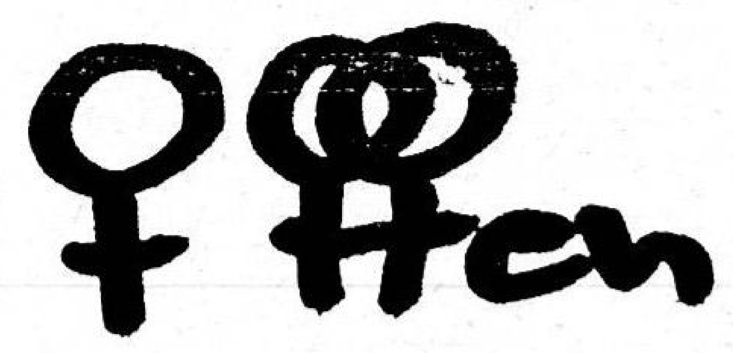
Trotz allem bleibt der Entschluß, Droste öffentlich auftreten zu lassen, bestehen. Die LoLa schreibt in ihrer Presseerklärung :" Unseres Erachtens gibt es keine einzige Äußerung von Droste, die auch nur Ansatzweise rechtfertigen würde, den armen Mann unter eine allgemeine Zensur zu stellen. Wiglaf Droste ist weder Faschist, noch Stalinist, er verharmlost nicht den Massenmord, hat keine kleinen Kinder oder Frauen vergewaltigt, ist kein Ausländerfeind, und zerstört nicht mutwillig die städtischen Grünanlagen". Droste ist ein Sexist und Täterschützer, und für die LoLa ist das nicht ausreichend, um ihn auszuladen. Dies nehmen wir nicht hin.
Die Möglichkeit einer vorherigen Diskussion mit allen interessierten Personen wurde nicht wahrgenommen.

An diesem Abend nun kam es zu erwartenden Konfrontationen zwischen uns, die nicht zulassen wollten, daß einePerson die sexuelle Gewalt verharmlost, spricht, und BesucherInnen, die ihren individuellen Kulturgenuß verteidigen wollten.Dabei scheint es ihnen ganz egal zu sein, welche Personen oder Gruppen diffamiert werden. Wir verstehen Satire nicht als grenzenlos. Es kann nicht die Aufgabe von Satire sein, den Menschen, die bewußt an den Rand der Geselllschaft gestellt werden, noch einen reinzuwürgen.

Genau diese beiden Auffassungen prallten dann an diesem Abend aufeinander, wobei äußert gereizt und aggressiv auf unsere politische Aktion reagiert wurde. Nach Blockade des Vernstaltungssaales sollte die Lesung in den zweiten Stock verlegt werden. Da der zunächst offensichtlich einzige Weg durch die Kneipe führte, und die Kneipenbetreiberin diesen nicht freigeben wollte, entstand ein Gerangel.Als diese die Tür zuschlug wurde einem Besucher ein Finger abgertennt.
Der Schock in unseren Reihen ließ uns Abstand nehmen von dem Versuch, die Lesung weiter zu verhindern. Da nach diesem Vorfall die Aggressionen gegen uns zu eskalieren drohten, war es nicht mehr möglich, das wir uns vor Ort zu dem drastischen Verlauf des Abends äußern konnten.
Während diese Presseerklärung geschrieben wird erfahren wir, daß Droste spricht und die Stimmung gut ist
No Comment

Unsere Solidarität gehört den Projekten gegen sexuelle Gewalt

Die an der Blockade beteiligten Männer und Frauen



Mobilisierung zum Tag X^2

Im April 95 wurde der erste Castorbehälter mit hochradioaktiven Brennelementen in die Castorhalle in Gorleben eingelagert. Nach 11jährigem Widerstand konnte diese Einlagerung am Tag X nur durch ein 55 Millionen teures Polizeiaufgebot durchgesetzt werden. Im Frühjahr1996 sollen weitere Castortransporte nach Gorleben stattfinden.

Wir stellen uns quer - jetzt erst recht!

Der nächste Castor wird noch teurer!

Wir zeigen (nur für Frauen) den Film Tag X über den ersten Castor Transport:

Freitag den 19.Januar
um 20 Uhr
im "Großenwahn"
Friedrichshain Kinzigstraße 9 HH
(Zugang über Kinzigstr. 7, UB Samariter Str.)

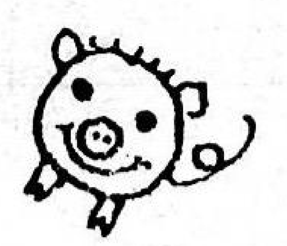


Montag den 5. Februar
um 20 Uhr
im EWA Frauenzentrum
Prenzlauer Allee 6
(Tram 1, Nähe Alexanderplatz)

Donnerstag den 29. Februar
um 19 Uhr
im Infoladen Omega
Wedding Sparrstr. 21

Nach dem Film gibt es Infos zum Tag X^2 und denRaum über gemeinsame Aktionen zu reden.
Viele Frauen und Lesben sind nicht zum Tag X ins Wendland gefahren, weil sie entweder keiner Gruppe angehören, oder weil sie nicht in gemischten Zusammenhängen fahren wollten. Für den Tag X^2 wollen wir uns als Frauen-Lesben organisieren, zusammen ins Wendland fahren und uns dem Castortransport in den Weg stellen.

BERLIN

DIE HÜTTENHÄUSER ALT - STRALAU 46 MÜSSEN BLEIBEN !!!



Die Hüttenhäuser gehören noch zum Bezirk Friedrichshain, liegen aber ein bißchen außerhalb, genau zwischen Rummelsburger See und Spree auf der Halbinsel Stralau.

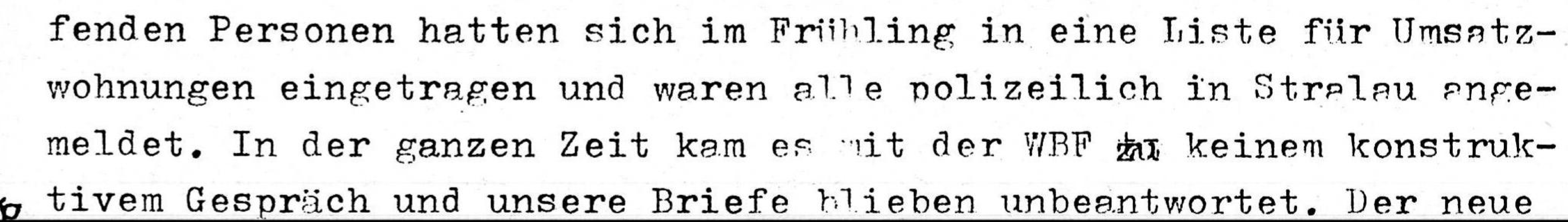


Hüttenhäuser weil früher hier die Arbeiter von der daneben liegenden Fabrik, der " Glashütte ", gewohnt haben. Hier soll eine Spreeresidenz für Leute mit viel Kohle entstehen. Die ersten Bauarbeiten haben bereits begonnen.

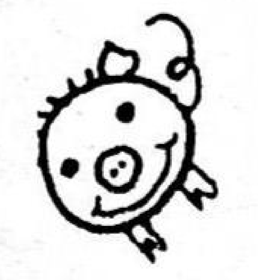


Erst mal zu unserer Geschichte und wer wir sind; Wir, ein bunter Haufen, haben das Haus Alt-Stralau 46 im Mai '95 besetzt. Vorher waren schon seit Nov. '94 einige der Wohnungen bewohnt. Die WBF hatte Leerstand angemeldet, den Leerstand aber nicht verlängert. Das Haus ist prima in Schuß. Im Mai '95 also war das Haus voll und es kam zu ersten Gesprächen mit der WBF. Von der wurden uns Umsatzwohnungen zugesichert, bis dahin könnten wir das Haus weiterhin bewohnen. Die Wohnungsangebote blieben jedoch aus, auch konnte uns die WBF keinen kompletten Gebäudeteil stellen. Die mündliche Zusicherung für Umsatzwohnungen wurde später von der WBF bestritten. Von uns kam als Antwort darauf eine eidesstattliche Erklärung von den Leuten von uns die bei dem Gespräch dabei waren. Der Sommer kam und mit ihm ein Schreiben der WBF unser Haus " unter Mitnahme des persönlichen Eigentums " zu verlassen. Die bisher letzte Aufforderung folgte im August. Der Herbst kam und mit ihm für einige von uns Anzeigen wegen Hausfriedensbruch. Die betreffenden Personen hatten sich im Frühling in eine Liste für Umsatzwohnungen eingetragen und waren alle polizeilich in Stralau angemeldet. In der ganzen Zeit kam es mit der WBF zu keinem konstruktivem Gespräch und unsere Briefe blieben unbeantwortet. Der neue Innensenator kam und befürchtet nun, daß wir nach 1-jähriger Besetzung einen legalen Status erhalten könnten. Uns droht eine Räumung nach ASOG.






Wir sind ca. 30 leute, und wir haben einen kreischenden Vogel, Hunde, eine blinde Ratte älteren Modells, Wüstenrennmäuse und zwei Schweine. Wir bleiben ALLE, Schweine-Stralau muß bleiben !!!
Am 9. Februar findet in der Köpi eine Soli-Party für unsere " Angeklagten "statt. Wir hoffen ihr kommt alle !!!




BERLIN

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär



Totalverweigerer-Offensive ´96

Einladung

Deutschland ist wieder Großmacht und die Bundeswehr schlägt wieder weltweit zu. Ziele und Art und Weise der Remilitarisierung deutscher Außenpolitik sind bereits eingehend analysiert (Zugang zu Rohstoffen, Aufrechterhaltung des freien Welthandels, Aufbau von Krisenreaktionskräften, Salamietaktik vom Kambodscha- bis zum Bosnieneinsatz...). Der antimilitaristische Widerstand konnte die Entwicklung nicht bremsen, geschweige denn verhindern.

Einen konsequenten Widerstand gegen die Bundeswehr leisten in Deutschland seit über 20 Jahren Totale Kriegsdienstverweigerer. Sie widersetzen sich dem durch die Wehrpflicht verankerten Anspruch des Staates auf totale Verfügungsgewalt zum militärischen Dienst, der im Spannungsfall auch Frauen betrifft. Sie entlarven den Pseudo-Charakter des Zivildienstes, der als militärischer Ersatzdienst in das Konzept der Gesamtverteidigung eingebunden ist. Sie bringen die inneren Zustände der Bundeswehr zu Tage: Feldjägergewalt, Arrestierung, Sexismus und Neofaschismus... Sie beziehen öffentlich gegen die Militarisierung deutscher Außenpolitik Stellung.

Wir denken, daß eine Totalverweigerer-Offensive eine notwendige Antwort an die neue deutsche Militärmacht ist. Vor allem in Anbetracht der neuen Kriegsdienstverweigerer-Rekordzahlen, durch die die Bundeswehr sowieso schon unter Druck steht. Damit eine solche Offensive effektiv in die politische Entwicklung eingreifen kann, brauchen wir Unterstützung von anderen Gruppen, Parteien und Unabhängigen.

Theoretische Arbeit zu folgenden Punkten ist notwendig:

- TKDV versteht sich als antipatriarchal, doch der Anspruch ist nur unzureichend mit Inhalt versehen und spielt auch sonst nur eine untergeordnete Rolle bei TKDVern.
- Wie können wir die Repressionen in´s Leere laufen lassen, den Märtyrer- und Drückeberger-Vorwurf entkräften und vielen Männern die TKDV ermöglichen?
- TKDV kann nur eine von mehreren antimilitaristischen Strategien sein. Welchen Platz kann die TKDV-Bewegung im antimilitaristischem Spektrum bei eventueller Abschaffung der Wehrpflicht einnehmen?
- Das Strafverfahren als Gewissensprüfung für TKDVer - wie gehen wir damit um?
- Viele TKDVer sind nicht bereit, an die Öffentlichkeit zu gehen oder fangen erst sehr (zu) spät an, sich mit erfahrenen Leuten zusammen zu schließen.

Alle, die in einer Totalverweigerer-Offensive `96 eine Eingriffschance (oder aber Gefahr und Spalterei) für antimilitaristische Politik sehen, laden wir hiermit ein:

Ort: Oranienstr. 25, 10999 Berlin

Zeit: Mittwoch, 21.02.96, 17:00 Uhr

Wir warten auf Anregungen und Kritik auch im voraus!

TAG "S"

Bringen wir die Herrschenden ins Schleudern

Wie ihr sicher bemerkt habt, ist 1995 eine neue Eiszeit über uns hereingebrochen (sie hat sich schon weit vorher angekündigt). **Packeis-Packeis-Packeis.** Ice-cream mit Kohl-Geschmack. "Wunnebar!"

Mitten im Cyberspace-Wintermärchen Doitschland haben die Maulhelden von ihren Müllhalden den Befehl zum Maulwerfen gegeben: dienstfertige Geister der Vergangenheit mit vermeintlicher Zukunft graben unseren Tiergarten und unser ZENtrum an vielen Stellen auf, und entwalden unsere Parks und Wiesen. Sie schlagen Schneisen und gießen ihr Unrecht in Beton, unbekümmert um Gesetze (die sind nur für uns). Unsere fest Spielwiesen im Tiergarten werden zerschnitten von Zäunen und Baugruben und die schönen Grillplätze (ihr wißt noch: wo das Grillen so hohen Schaden angerichtet hat) sind nun unschädlich gemacht worden - sie existieren nicht mehr. Bauschutt häuft sich dort und Maschinen stehen herum und wenn sie sich bewegen, zerstören sie die Landschaft. Unsere Landschaft. Am doitschen Reichstag steht noch immer: *"Dem Deutschen Volke"*. Hüstel! *"Der Doitschen Molke"* würde irgendwie besser passen. Von den von uns gemelkten Steuergeldern bauen sie den Reichstag, an dem wir kürzlich noch unsere Verpackungsfete feierten, in den **4. REICH**stag um. Ein abgeschmacktes Hightechmonster, das jeder Beschreibung spottet, eingebettet in ihren Hochsicherheitskack "Bannmeile", meilenweit zubetoniert, wo vorher Wiesen, Bäume und Wildwuchs waren. Der Tiergarten bei der Schweizer Botschaft wird zum Schweizerkäse

TEERGARTEN

dem Zentrum des **Hauptstadtwahns**, benachbart dem größten, überflüssigsten und scheußlichsten Zentralwahnhof Europas, Lehrter Straße. Das ZK säh`s gerne. Und unsere Zentraldemokraten auch.

Machen wir dagegen *unser Wintermärchen* wahr! Am *Tag S*, (je)dem Tag an dem es genügend geschneit hat, machen wir uns vergnügt ans Werk und bauen ein Volxheer von Schneemännern und Schneefrauen vor unsere gefährdeten Bäume. Daneben stellen wir unsere Widerstandsdorf-Iglus. Die Schneemenschen haben statt einem Besen einen Besenstiel mit angenageltem Protestschild im Arm. Millionen vorgefertigter Schneebälle werden zu ihrer Verteidigung bereitliegen, mit denen wir mit der größten Schneballschlacht aller Zeiten ins Guiness-Buch-der-Rekorde eingehen können. Also setzt alle die Wollmützen auf und reckt die Fäustlinge in den Himmel über Berlin. Auf zum vorletzten Gefecht um den Tiergarten !!! Gegen die große Kopulation !!! Kommt alle mit kalter Wut, warmen Getränken und heißen Herzen. - *Immer 12 Uhr GLOCKENTURM - selbstorganisiert Richtung Entlastungsstraße. Es gibt keine zentrale Leitung!* Gefährdete Bäume sind von den BAUMPATEN markiert. Aber auch "Mahn-Schneemänner/frauen" an den Spazierwegen sind sehr sinnvoll und schöööön. MACHT was draus.

EAT THE REICH !



Die SCHW@RZEN SchneeMÄNNER

Der Bundesgrenzschutz und die deutsche Ostgrenze

Reader der antirassistischen Fahrradtour vom 15.7-22.7.1995

Preis: 5,- DM
ab 5 Hefte 3,- DM + Porto und Verpackung
ab 10 Hefte 2,- DM + Porto und Verpackung

Bestellungen an:
Infoladen
Koburger Str. 3
04277 Leipzig
Tel & Fax: 0341-311044

Bezahlung im Voraus (unter 20 DM) bzw. gegen Rechnung.

Inhaltsverzeichnis

Herausgegeben von TeilnehmerInnen der Tour
Dezember 1995

Vorwort

Im Sommer 1995 fand die antirassistische Fahrrad- und Aktionstour an der Oder/Neiße-Grenze statt. Ziel der Tour war, Informationen über die Arbeitsweise des BGS zu sammeln, Öffentlichkeitsarbeit gegen die Festung Europa zu machen und sich mit antirassistischen Gruppen an der Grenze auszutauschen & zu vernetzen.

Die Tour wurde von der Antirassismus-AG der FöGA initiiert und von verschiedenen Gruppen in der BRD vorbereitet. An der einwöchigen Tour beteiligten sich ca. 40 Personen.

Dieser Reader will die während und nach der Tour gesammelten Informationen zusammenfassen. Der Reader wendet sich damit an die TeilnehmerInnen der Tour und gleichfalls an interessierte Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen, die Näheres zur deutschen Ostgrenze und die Rolle des BGS erfahren wollen.

Da die meisten Texte des Readers erst im Nachhinein geschrieben wurden, spiegeln sie nicht unbedingt die Meinung aller TourteilnehmerInnen wider. Weitere Diskussionen, Recherchen und Aktionen zum Thema sind erwünscht.

Der erste Text berichtet etappenweise von unseren Erfahrungen bei der Tour und enthält die von uns vor Ort gesammelten Informationen.

Die folgenden vier Texte versuchen eine allgemeine Zustandsbeschreibung zur Ostgrenze, dem BGS und der "Festung Europa" zu liefern. Zum größten Teil stellt dies lediglich eine Zusammenfassung schon publizierter Informationen dar.

Im folgenden dokumentieren wir das Interview mit dem Chef des Grenzschutzamtes Frankfurt/Oder, verantwortlich für die gesamte deutsch-polnische Grenze, welches von einigen TeilnehmerInnen während der Tour geführt und gefilmt wurde.

Die Erzählung eines Rumänen über seine Flucht haben wir mit aufgenommen, weil sie sehr deutlich beschreibt, wie sich die Grenzüberwachung auf die Flüchtlinge auswirkt.

Es scheint kaum Widerstand an der Grenze gegen den BGS zu regen. Die individuellen, unorgansierten Widerstandshandlungen, die es sicherlich gibt, kommen nur selten an die Öffentlichkeit. Trotzdem sind sie ungemein wichtig, denn die konkrete Hilfe von GrenzbewohnerInnen kann es einzelnen Flüchtlingen ermöglichen, die Grenze zu passieren.

Um aufzuzeigen, was es an organisierten und politischen Widerstand gegen die Grenze gegeben hat, dokumentieren wir ein Interview mit den GrenzgängerInnen und die Erklärung der Revolutionären Zellen. Natürlich existieren auch vielfältige legale Widerstandsformen. Wir möchten hier nur auf zwei Beispiele verweisen. Die "Grenztour zu den neuen Mauern Euopas" fand im Herbst 1993 statt. Die von der grünen Europaabgeordneten Claudia Roth organisierte Tour führte die "Prominenz" der Flüchtlings- und Antirassismusarbeit zur deutschen Ostgrenze und in die "sicheren" Nachbarländer Polen und Tschechische Republik. Diese Tour erreichte eine große Medienresonanz und deckte mehrere Skandale auf, wie den Einsatz von Bundeswehrsoldaten an der Grenze. (Es gibt eine sehr gute Videodokumentation zur Tour von Oliver Tolmein.)

Das Multikulturelle Zentrum in Zittau (MUK) organisierte im November 1993 eine Konferenz mit deutschen, polnischen und tschechischen Flüchtlingsinitiativen aus der Grenzregion, um eine grenzüberschreitende Vernetzung zu beginnen und die Beratungstätigkeit zu internationalisieren. (Das MUK veröffentlichte dazu eine Studie mit dem Titel "Menschenwürde an der Grenze".)

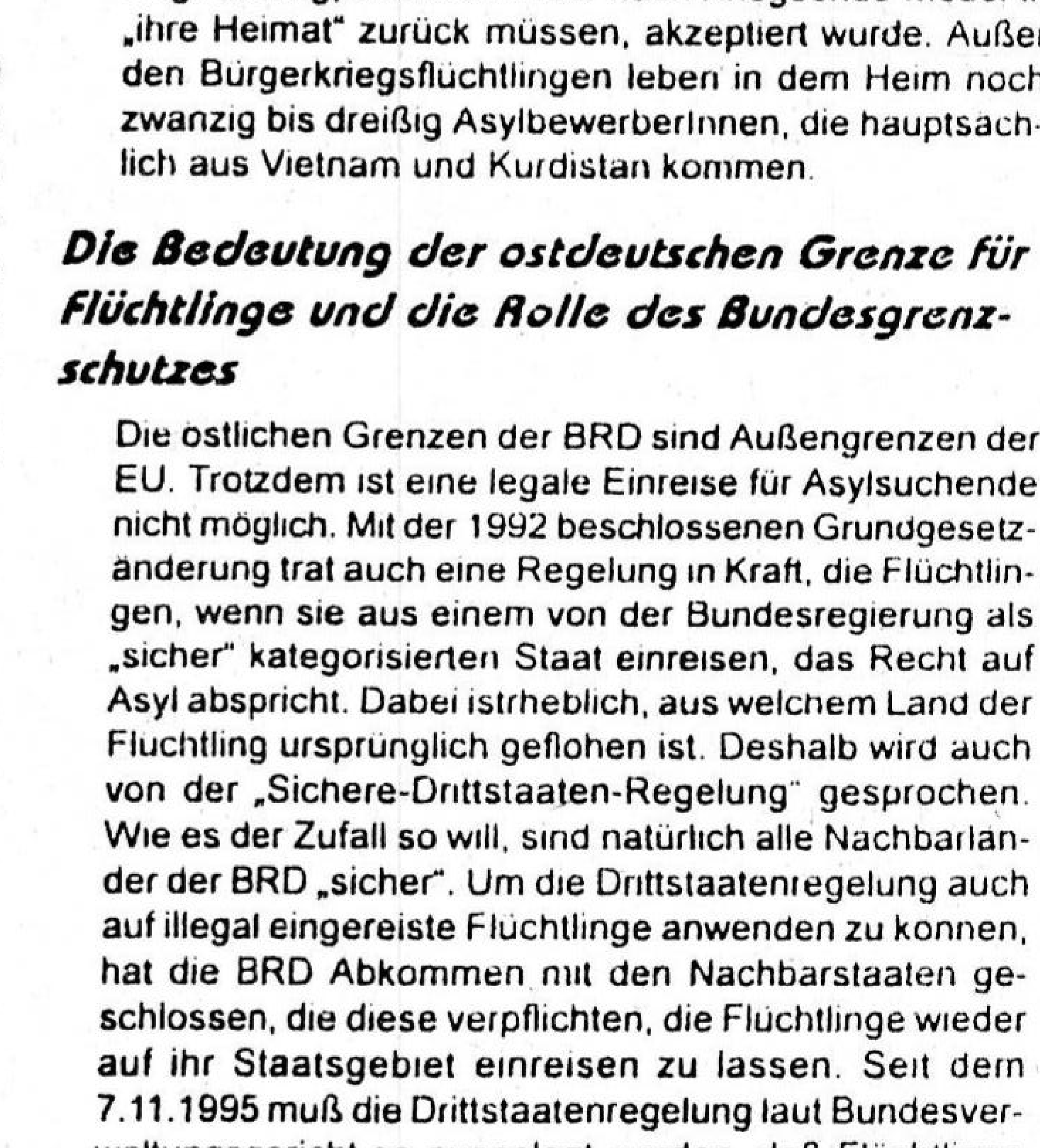
Aktuellere Beispiele sind natürlich unsere Radtour, die Recherchearbeit der Forschungsgesellschaft für Flucht und Migration & der Antirassistischen Initiative Berlin und die Bemühungen der FöGA, weitere Aktionen an der Grenze bzw. zur Grenze durchzuführen.

Und: Widerstand gegen die Grenze und die "Festung Europa" darf sich nicht auf die Grenzen beschränken, sondern kann und muß überall stattfinden. Die Hürden, die es zu überwinden gilt, um in die "Festung Europa" zu gelangen, befinden sich nicht nur an den Schengenaußengrenzen, sondern schon weit davor - in den "sicheren Drittstaaten" - und tief im Landesinneren. Das bedeutet jedoch nicht, daß die Funktionalität der Landesgrenzen abgenommen hat. Außerdem denken wir, daß auch die Unterstützung der Gruppen an der Grenze sehr wichtig ist, da in den meist kleinen Städten die linke Szene mit dem Abwehren faschistischer Aktivitäten voll ausgelastet ist.

Im Reader geht es dann weiter mit der Dokumentation unserer Demoreden, Flugblätter, den Pressereaktionen und einer Einschätzung der Tour (von einigen TeilnehmerInnen).

Im Anhang befinden sich wichtige Adressen - vor allem von den Gruppen, die an der Grenze aktiv sind - sowie eine Literaturliste.

Wir möchten noch mal bei allen Personen und Gruppen danken, die uns bei der Durchführung der Tour und der Zusammenstellung des Readers unterstützt haben!



Bericht über die antirassistische Fahrrad- und Aktionstour

Auf zur Grenze -

Das vereinte Deutschland hat wieder eine Grenze, an der getötet wird. Diese ist ein weiterer Baustein in dem belasteten Verhältnis zwischen Deutschland und Polen. Sie ist ein Steuerungsinstrument des hierarchischen Arbeitsmarktes, die „Ostflanke" der „Festung Europa" und Mittel zur Abwälzung deutscher Probleme auf Polen. Die Absicherung ist anders als die der früheren deutsch-deutschen Grenze, aber auch wirksam und menschenverachtend:

- Nachtsichtgeräte statt Stacheldraht;
- der paramilitärische Bundesgrenzschutz (BGS), ausgerüstet mit weitreichenden Sondervollmachten (z.B. Hausdurchsuchungen ohne richterliche Anordnung, 48-stündige Festnahme ohne Begründung im Umkreis von 30 km der Grenze);
- ein ausgeklügeltes Gesetzeswerk, das bestimmt, wer leben darf, wo er/sie will, und wer nicht.

Die Grenze drückt den Rassismus aus, der von der BRD und von den übrigen Staaten der EU gefördert und in Gesetzen festgeschrieben wird. In der BRD sind diese Gesetze u.a. das Staatsangehörigkeitsrecht (es zählt nicht, wo mensch geboren wird, sondern die Staatsangehörigkeit der Eltern), das Ausländergesetz mit seinen Aufenthaltsbeschränkungen und -verboten (z.B. auch Einschränkung der politischen Tätigkeit), das Asylverfahrensgesetz und das Asylbewerberleistungsgesetz.

Voneinander gespalten und gegeneinander ausgespielt werden durch diese Gesetze Menschen mit und ohne deutschen Paß:

- die Errichtung von großen Flüchtlingslagern in kleinen Dörfern anstelle dezentraler und privater Unterbringung;
- die Ausgabe von Lebensmittelgutscheinen anstelle von Geld an Flüchtlinge, wodurch staatliche Stellen das Mißtrauen gegenüber Flüchtlingen schüren und sie zu Menschen zweiter Klasse machen;
- der Sozialhilfesatz für Flüchtlinge liegt 20% unter dem für deutsche SozialempfängerInnen, somit müssen Flüchtlinge mit weniger auskommen, was offiziell als Existenzminimum definiert wird;
- der Arbeitsmarkt wird entsprechend dem Aufenthaltsstatus hierarchisch gegliedert, womit auch die verschiedenen Gruppen von Menschen ohne deutschen Paß nochmals gegeneinander ausgespielt werden;
- selbst beim Menschenrecht auf Leben und Gesundheit besteht ein Zweiklassen-Recht: Flüchtlinge haben nur ein stark eingeschränktes Recht auf medizinische Versorgung.

"Offene Grenzen" gibt es auf der Ebene der europäischen Union nur für EU-BürgerInnen. Für alle anderen die totale Überwachung und Kriminalisierung, z.B. mit der computergerechten Erfassung von Fingerabdrücken aller Flüchtlinge. Abschiebeknäste schaffen neue Mauern im Innern der Republik. Deutschland ist - wie die anderen reichen Industrienationen - maßgeblich an der Entstehung und Aufrechterhaltung der Bedingungen beteiligt, die jährlich weltweit Millionen Menschen zur Flucht zwingen: Spätfolgen der Kolonialpolitik, die ungerechte Weltwirtschafts"ordnung", die Schuldenfalle, bundesdeutsche Rüstungsexporte,...

Die Abschottung der Staaten, die von der „herrschenden Weltordnung" profitieren, gegenüber den Opfern dieser Politik ist für diese Staaten notwendig, um die derzeitige „Ordnung" aufrechtzuerhalten. Die deutsch-polnische Grenze hat eine zentrale Rolle in diesem Machtgefüge.

Wir wollen uns diese Grenze genauer anschauen. dabei wollen wir:

- die Öffentlichkeit mit dem Unrecht der Asyl- und Ausländergesetze, der zunehmenden Illegalisierung von Flüchtlingen, der Abschiebepraxis der Bundesregierung, der Schließung der Grenzen konfrontieren;
- durch verschiedene gewaltfreie Aktionen - bis hin zu zivilem Ungehorsam - gegen die ausführenden Organe (Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber, BGS, etc) protestieren;
- durch Aktionen gegen das Asylbewerberleistungsgesetz direkte Solidarität mit Flüchtlingen üben;
- Informationen und Ortskenntnisse sammeln;
- den Opfer der Asylpolitik gedenken;
- Menschen vor Ort kennenlernen und Kontakte knüpfen für eine langfristige Arbeit am Thema.

Macht mit bei der Radtour! Macht Aktionen zu Hause! Beteiligt euch langfristig an der Kampagne gegen staatlichen Rassismus!

Route & Aktionen

Zittau - Görlitz - Bad Muskau - Forst - Guben - Eisenhüttenstadt - Frankfurt/Oder. In allen Orten soll es Straßentheater, kleinere Aktionen und Informationsveranstaltungen, etc geben. Vor Ort wird mit lokalen Gruppen besprochen, welche Aktionen sinnvoll und gewünscht sind. Wir wollen einige gut vorbereitete Aktionen durchführen, es wird aber auch viel Raum für Spontanes geben.

- die Grenzen auf!

aus dem Aufruf zur Radtour

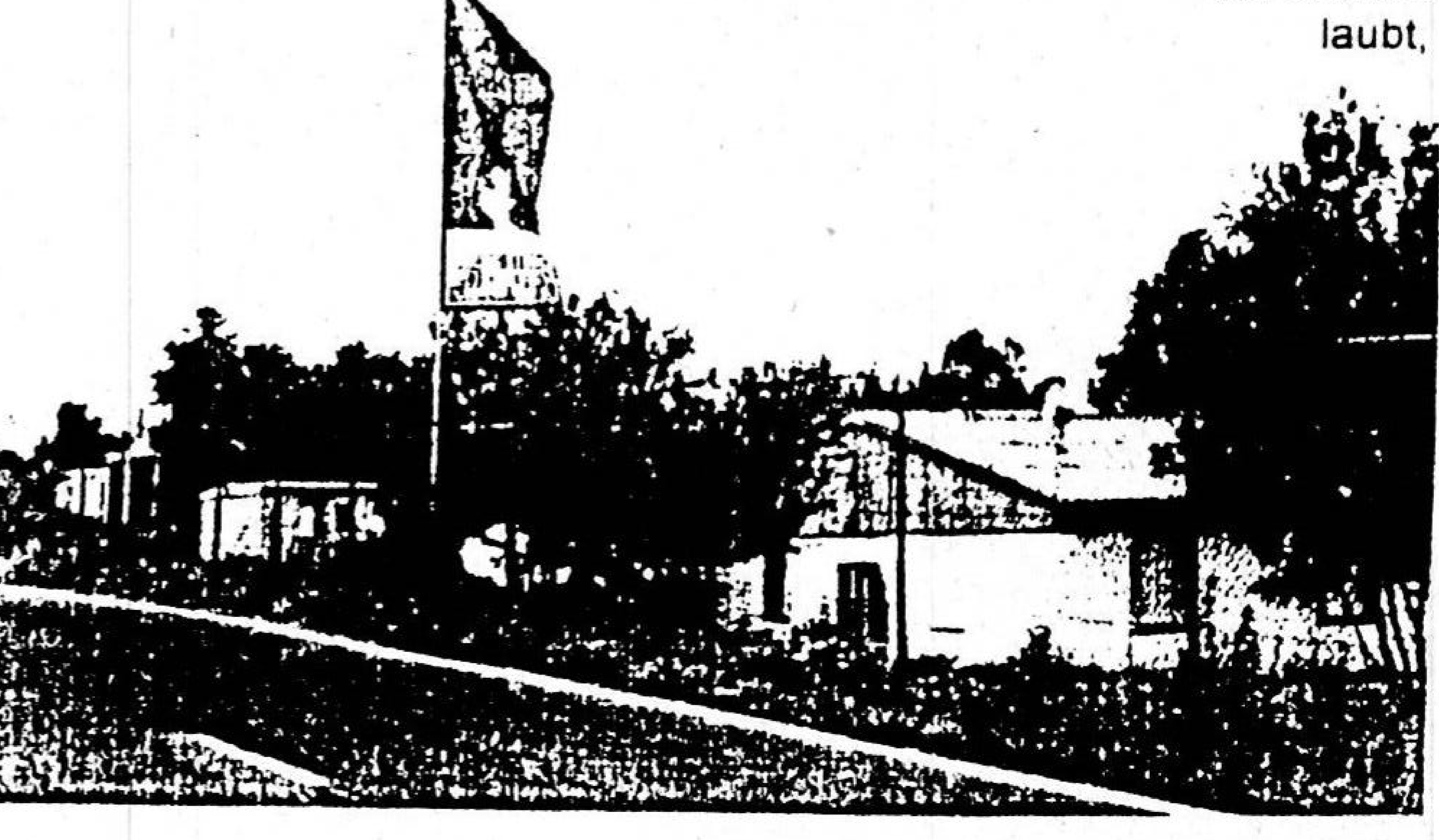
GraswurzelaktivistInnen und antirassistische Gruppen aus Frankfurt/Oder, Köln, Berlin und Kiel hatten zur Fahrrad- und Aktionstour entlang der deutsch-polnischen Grenze aufgerufen. Vom 15. bis zum 22. Juli 1995 haben 40 Leute diese Idee umgesetzt und sind in 6 Etappen von Zittau bis Frankfurt/Oder geradelt. An jedem Ort wurden wir von MitarbeiterInnen einer (sub)kulturellen/politischen Einrichtung empfangen, es fanden Veranstaltungen und Gespräche statt. Menschen vor Ort kennenzulernen und Kontakte für eine längerfristige Zusammenarbeit zu knüpfen, war ein Ziel der Fahrt. Es ging aber zunächst auch darum, uns über die Situation an der Grenze, speziell für Flüchtlinge, zu informieren. Und wir hatten vor, unser Wissen über den neuen Charakter der deutsch-polnischen Grenze durch Aktionen bekannt zu machen und die deutsche Abschottungspolitik in ihren verschiedenen Gestalten zu behindern.

Zittau

Die Grenzerkundungstour per Fahrrad begann in Zittau. Dort versammelten sich die TeilnehmerInnen aus antirassistischen Gruppen aus Berlin, Göttingen und Leipzig und interessierte Einzelpersonen aus verschiedenen Städten des Bundesgebietes. Das örtliche Jugendzentrum Cafe Emil beherbergte uns. Nachdem wir auf einem ersten Plenum Erwartungen an die Radtour zusammengetragen hatten, berichtete Ulla vom Multikulturellen Zentrum in Zittau über die Situation vor Ort.

Zittau im polnisch-tschechisch-deutschen Dreiländereck, das vor der Wende ein Zentrum der Textilindustrie war, hat von seinen damals ca. 60.000 EinwohnerInnen heute noch rund 29.000. Die Arbeitslosigkeit liegt offiziell bei 17%, aber weitere 20% sind nur durch wackelige ABM-Stellen und andere perspektivlose Maßnahmen kaschiert. Besonders hart war die Lage der ehemaligen DDR-VertragsarbeiterInnen vietnamesischer Herkunft. Praktisch zum Straßenverkauf gezwungen, da sie auf dem hoffnungslos leergefegten Arbeitsmarkt wegen ihres „Nicht-Deutschseins" keine Chance hatten und bei Entlassungen aus dem selben Grund zuerst betroffen waren, verließen viele die Region.

Die hauptsächliche Arbeit des Multikulturellen Zentrums besteht in der Betreuung der am Stadtrand von Zittau in umzäunten Baracken untergebrachten Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien. Ungefähr 150 leben in dem sogenannten Heim, das vom Landratsamt betrieben wird. Für die Kultur sorgt eine von VW gesponserte Rolling Stones Fahne auf dem Heimgelände. Da der Aufenthaltsstatus der Flüchtlinge bisher relativ sicher war, versucht das Multikulturelle Zentrum in Zusammenarbeit mit der Zittauer Gemeinde und „Frauen helfen Frauen" die Lebensbedingungen hier durch kulturelle Veranstaltungen und Treffen zu verbessern. So kann mit der „Aktion 55", einem staatlichen Projekt, das die gemeinnützige Arbeit von FrührentnerInnen für 200,-DM Aufwandsentschädigung im Monat ermöglicht, Deutschunterricht angeboten werden. Auch wurde muttersprachlicher Unterricht für die schulpflichtigen Kinder durchgesetzt, was mit der Begründung, daß die Kinder nach Kriegsende wieder in „ihre Heimat" zurück müssen, akzeptiert wurde. Außer den Bürgerkriegsflüchtlingen leben in dem Heim noch zwanzig bis dreißig AsylbewerberInnen, die hauptsächlich aus Vietnam und Kurdistan kommen.



Das Heim in Zittau: Stacheldraht und Rolling Stones-Fahne von VW

Die Bedeutung der ostdeutschen Grenze für Flüchtlinge und die Rolle des Bundesgrenzschutzes

Die östlichen Grenzen der BRD sind Außengrenzen der EU. Trotzdem ist eine legale Einreise für Asylsuchende nicht möglich. Mit der 1992 beschlossenen Grundgesetzänderung trat auch eine Regelung in Kraft, die Flüchtlingen, wenn sie aus einem von der Bundesregierung als „sicher" kategorisierten Staat einreisen, das Recht auf Asyl abspricht. Dabei ist unerheblich, aus welchem Land der Flüchtling ursprünglich geflohen ist. Deshalb wird auch von der „Sichere-Drittstaaten-Regelung" gesprochen. Wie es der Zufall so will, sind natürlich alle Nachbarländer der BRD „sicher". Um die Drittstaatenregelung auch auf illegal eingereiste Flüchtlinge anwenden zu können, hat die BRD Abkommen mit den Nachbarstaaten geschlossen, die diese verpflichten, die Flüchtlinge wieder auf ihr Staatsgebiet einreisen zu lassen. Seit dem 7.11.1995 muß die Drittstaatenregelung laut Bundesverwaltungsgericht so ausgelegt werden, daß Flüchtlinge nachweisen müssen, daß sie nicht aus einem sicheren Drittstaat gekommen sind.

Die im Zuge der Rücknahmeabkommen mit Polen und Tschechien von der BRD gezahlten Summen mußten zur Hälfte für die Aufrüstung der Grenze auf polnischer bzw. tschechischer Seite genutzt werden. Aus diesem Grund hat sich die Zahl der beim illegalen Grenzübertritt aufgegriffenen Menschen von ca. 60 vor zwei Jahren auf zwei bis drei pro Tag heute verringert.

Dennoch hält es die BRD für notwendig, die Ostgrenzen mit immer größer werdendem Aufwand zu überwachen. Diese Aufgabe ist dem Bundesgrenzschutz (BGS) zugewiesen. Viele Flüchtlinge werden nicht direkt an der Grenze aufgegriffen, obwohl dort Beamte zu zweit Streife laufen bzw. mit Autos Waldstücke, Furten und die neuen Wildzäune überwachen.

Viel effektiver ist die 30km-Regel, die es erlaubt, Flüchtlinge, die innerhalb der 30km breiten „grenznahen" Region aufgegriffen werden, so zu behandeln, als seien sie direkt beim illegalen Grenzübertritt gefaßt worden. In der Umgebung von Zittau, werden sie in das BGS-Auffanglager in Ebersbach gebracht. Dort findet ein Verhör statt, in dessen Verlauf nach dem Fluchtweg und Fluchtursachen gefragt wird. Nicht vorgesehen ist die Frage, ob der Flüchtling Asyl in der BRD erhalten will. Ein solches



BGS-Kaserne in Zittau

Begehren müssen die Flüchtlinge aber ausdrücklich äußern, um überhaupt erstmal eine Chance zu haben, ins Asylverfahren zu kommen. Ebenfalls gegen die Flüchtlinge wirkt, daß in dem der Befragung zugrunde liegenden, standardisierten Fragebogen zwar die Antworten, nicht aber die Fragen festgehalten werden. Die verhörenden BGS-Beamten stellen häufig unzulässige Suggestivfragen, die die wirtschaftlichen Fluchtursachen auch bei im engeren Sinne politischen Flüchtlingen dominant erscheinen lassen. Ein Umstand der die Anerkennungschancen der Flüchtlinge, die es schaffen, ins Asylverfahren zu kommen, erheblich schmälert. Flüchtlinge, von denen der BGS glaubt, sie hätten illegal die Grenze übertreten oder die nicht ausdrücklich ihre Forderung nach Asyl bekunden, werden innerhalb von 48 Stunden nach Polen abgeschoben. Asyl beantragen darf nur, von wem nicht bekannt ist, daß er oder sie aus einem "sicheren Drittstaat" kommt.

Unterstützung bei seiner Jagd auf Flüchtlinge erfährt der BGS auch von Teilen der Bevölkerung. So bildet in ländlichen Gegenden die rechtsorientierte Dorfjugend bürgerwehrähnliche Vereinigungen, die sich aktiv an der Hatz beteiligen. Trotz des damit verbundenen Angriffs auf das Gewaltmonopol des Staates stehen die Verantwortlichen des BGS diesem Treiben nicht ablehnend gegenüber. Im Gegenteil. In Häusern in Flußnähe hängen die Büttel Plakate auf, in denen sie dazu aufrufen, Verdächtiges sofort zu melden.

Wer Flüchtlingen hilft, muß dagegen mit Bestrafung durch den Staat rechnen. So wurde ein Taxifahrer angeklagt, weil er Flüchtlinge aus der 30km-Zone brachte.

Der Terror des BGS richtet sich aber nicht nur gegen Flüchtlinge, sondern gegen alle, die durch das rassistische Raster nicht als „Deutsche" zu erkennen sind. In Zittau werden geduldete Bürgerkriegsflüchtlinge beim Einkaufen oder Spazierengehen vom BGS angehalten und zur Überprüfung auf die BGS-Station verschleppt. Zu dem Punkt, an dem sie angehalten wurden, bringt sie natürlich niemand zurück.

Auch von Mißhandlungen wird immer wieder berichtet. Im Zittauer Krankenhaus werden häufig Flüchtlinge mit Bißwunden von den BGS-Hunden eingeliefert. Einer indischen Familie, die nach tagelanger Flucht völlig erschöpft vom BGS aufgegriffen wurde, verwehrten die Beamten Wasser.

In einem Fall kam es sogar zu einer Anzeige. Trotz der offensichtlichen Mißhandlung liefen sich die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft aber tot, weil BGS und Zoll sich gegenseitig die Schuld in die Schuhe zu schieben versuchten und jeweils behaupteten, von ihren Beamten sei niemand vor Ort gewesen.

Görlitz

Das nächste Etappenziel war Görlitz. Entlang des Neißeufers ist äußerlich nicht viel davon zu merken, daß hier mit aller Macht Menschen daran gehindert werden, die Grenze ohne den richtigen Paß zu überschreiten. Keine Mauern, kein Stacheldraht verraten, daß hier die Mauer um Europa hochgezogen wurde. Aber 30km sind weit zu Fuß, und auf den Wegen und Straßen patrouillieren Häscher.

Während einer Pause wurden die Satteltaschen mit kleinen Transparenten zum Thema offene Grenzen und Bleiberecht geschmückt. Auch ganze Bettlaken wurden bemalt, die künftig an jeder Station auf unsere Anliegen aufmerksam machten.

Trotz Regens erreichten wir das Kulturzentrum BASTA an der Görlitzer Uferstraße. Nachdem die durchnäßte Kleidung gegen trockene getauscht und das reichliche Abendessen verzehrt war, erzählte Karen, die den Posten der Ausländerbeauftragten inne hat und zeitweilig zugleich Leiterin der Görlitzer Ausländerbehörde war, von ihrem Job. Ihren Angaben zufolge gibt es in Görlitz keine Beratung außer ihrer eigenen. Ihr Aufgabengebiet als Ausländerbeauftragte ist nicht festgeschrieben. Sie muß also die Existenz ihres Postens immer wieder rechtfertigen, ohne sich auf etablierte Standards berufen zu können.

Noch 1992 war die Bevölkerung in Görlitz Flüchtlingen gegenüber eher hilfsbereit. Damals kamen sehr viele Flüchtlinge in und bei Görlitz über die Neiße. Auf dem Bahnhof von Zgorcelec, der Zwillingsstadt von Görlitz auf der polnischen Seite, warteten in diesem Sommer bis zu 500 Flüchtlinge, vorwiegend Roma, darauf, daß der Wasserstand der Neiße niedrig genug sein würde. Viele, die vom BGS aufgegriffen wurden, versuchten ihr Glück schon bald aufs neue. Da sie immer wieder neu gezählt wurden, ist zu vermuten, daß die Statistiken jener Zeit, die auch immer wieder zur Stimmungsmache genutzt wurden, falsche Zahlen enthalten. Beendet wurde diese Situation durch Polizeiaktionen auf polnischer Seite. Regelmäßig wurden auf dem Bahnhof von Zgorcelec Razzien durchgeführt und Roma von dort nach Warschau transportiert. An einer politischen Lösung bestand kein Interesse.

Mit der Aufrüstung und der Medienhetze hat sich auch die Sympathie der Bevölkerung für die Flüchtlinge immer mehr abgekühlt. Beklagt werden die KleinhändlerInnen aus der Nachbarstadt, die Blaubeeren, Pilze und steuerfreie Zigaretten anbieten, was aber die GörlitzerInnen nicht daran hindert, die billigen Waren zu kaufen.

Karens Arbeit als Ausländerbeauftragte wird in der Stadt, die sich als in Mitteldeutschland liegend betrachtet, immer schwerer. Zwar gibt es viele grenzüberschreitende Prestigeprojekte, aber die Realität sieht anders aus. Im deutsch-polnischen Kindergarten kommen ganze vier Kinder aus Polen, und die Namengebung ist der Kindergärtnerin unangenehm, weil sie befürchtet, die deutschen Kinder könnten von ihren Eltern nicht mehr gebracht werden. Das von Karen initiierte multikulturelle SchülerInnentreffen wurde zwar von den SchülerInnen gut angenommen, seine Wiederholung wurde aber vom Schulleiter mit der Bemerkung abgelehnt, er wolle nie wieder so viele dreckige und schlampige Ausländer in seiner Schule sehen.

Der Knastchef erklärt, warum wir nicht rein dürfen

Daß MigrantInnen in Görlitz nicht ruhig durch die Stadt gehen können, wenn sie wie Nicht-Deutsche aussehen, erfuhr ein Mitglied der Tour am eigenen Leib. Nur wenige Meter vom BASTA entfernt wurde er auf offener Straße angehalten. Offensichtlich war sein Teint zu dunkel und sein Haar zu kraus. Nur seine exzellenten Sprachkenntnisse ersparten ihm den Weg zur Wache.

Abschiebeknast

Im Görlitzer Gefängnis, gleich hinter dem Landratsamt in der City, werden auch von Abschiebung bedrohte Flüchtlinge inhaftiert. Trotz ihres besonderen rechtlichen Status werden sie wie Strafgefangene behandelt. Dazu zählt unter anderem, daß sie nur eine Stunde pro Monat Besuch empfangen dürfen, der dazu auch noch eine Erlaubnis braucht. Das machte der Anstaltsleiter noch einmal klar, als am nächsten Morgen einige von uns während einer Protestaktion vor dem Knast Einlaß verlangten. Ohne Besuchserlaubnis geht nichts. Und Auskünfte über die Situation der elf bis zwölf in Abschiebehaft Gehaltenen (hauptsächlich aus Pakistan, Türkei, Ukraine, Rumänien und Algerien) bzw. der 120 ausländischen U-Häftlinge wollte er auch keine geben. Von uns auf einen Hungerstreik von 1994 angesprochen, war er sehr überrascht.



Görlitzer Verhältnisse...

Mit dem Scheitern des vermeintlichen Sozialismus in Osteuropa begann 1990 europaweit eine Neudefinierung der politischen Systeme. Seitdem mach West-Europa die Schotten dicht und nutzt seine ökonomische Überlegenheit zum politischen und wirtschaftlichen Diktat über den Rest des Kontinents.

Damit die Funktionalität dieser Strategie erhalten bleibt, müssen verschiedene unterstützende Regelungen greifen. So zum Beispiel auch die Frage der Grenzen. Die Verabschiedung des neuen deutschen Asylgesetzes und des (erneuerten) Schengener Abkommens verschärfte die Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen aller Nicht-EU-BürgerInnen.

Görlitz, geteilte Grenzstadt mit deutscher und polnischer Seite (Zgorzelec), verbreitet offiziell das Bild des freundschaftlich-nachbarlichen Verhältnisses.

Jedoch hält das einzelne BGS-Beamte und schon gar nicht Faschisten davon ab, ihren Rassismus latent oder unverhohlen auszuleben:

- Am 12.4.1991 überfiel ein Dutzend Neonazis ein am Grenzübergang wartendes Auto einer polnischen Familie. Die Scheiben des Wagens wurden zertrümmert sowie dessen Insassen zusammengeschlagen.
- Im Herbst 1994 eskalierte eine Routine-Kontrolle des BGS in der Innenstadt. Die Beamten sperrten den Marktplatz weiträumig ab und durchsuchten alle greifbaren PolInnen (einschließlich Kinder!) nach Zigarettenstangen. Obwohl (oder gerade weil) mit geringen Erfolg wurden etliche Personen vorübergehend festgenommen und teilweise unter Schlägen auf dem Revier festgehalten.

Dieser Vorfall wurde nur durch eine Veröffentlichung in der polnischen Presse bekannt.

Diese beiden konkreten Beispiele finden bis heute ihre Fortführung. Der Mittelnachweise (50,- DM pro Tag - zum Vergleich: durchschnittliches Monatseinkommen in Polen liegt bei 200 bis 400 DM) wird willkürlich von BGS-Beamten bei Personenkontrollen im Rahmen des kleinen Grenzverkehrs (innerhalb der 15 km-Grenzzone, von dieser Regelung ausgenommen) abverlangt. Ein Zgorzelecer DJ, der öfter im Jugendkulturzentrum BASTA auflegt, wurde regelmäßig mit bürokratischen Schikanen, wie detaillierte Auflistung aller eingeführten Geräte etc. belastet. Der Blick auf die Zukunft kann nur vom Wunsch nach Abänderung dieser Situation, durch engagierten Handeln vor allem unsererseits, bestimmt sein.

Möglichkeiten gibt es viele.

aus dem BASTA

daß wir darüber überhaupt etwas wußten. Da wären damals Verfahrensfragen der Anlaß gewesen, die Ausländerbehörde habe das geregelt. Ansonsten großes Schweigen. Fakt ist, daß aus Görlitz durch die Ausländerbehörde häufig schon abgeschoben wird, bevor die Bundesbehörde endgültig über die Anträge entschieden hat.

Das Interesse der Görlitzer Bevölkerung an unserer Aktion vor dem Knast war, obwohl am Eingang zur Einkaufsmeile durchaus genug potentielles Publikum anwesend war, gleich Null, abgesehen von einem Sparkassenmitarbeiter, der auf dem Weg zur Mittagspause die Wegesicherheit seiner Kundschaft gefährdet sah.

Zivi- und Psychobullen

Interesse an der Fahrradtour bekundete dagegen der BGS. Eine Beamtin und ein Beamter in Zivil bekannten sich zwar nicht zu ihrem Auftraggeber, wollten sich aber unserer Tour anschließen. Ein politisches Motiv hätten sie nicht, nur Langeweile, und wir wären da genau das Richtige. Leider konnten wir ihren Wunsch nicht erfüllen und so folgten sie uns mit ihren "getarnten" Dienstfahrrädern in gehörigem Abstand und hielten Kontakt zu den Zivilfahrzeugen, die uns von jetzt ab ganz offensichtlich und ständig begleiteten.

Mit der amtlichen Begleitung konnte jetzt auch die längste Etappe nach Bad Muskau in Angriff genommen werden. Einen Zwischenstopp legten wir in Rothenburg ein. Etwas außerhalb der Stadt ist die Polizeifachhochschule gelegen, zu der ein Teil der Gruppe einen Abstecher machte. Der Neubaublock war frei zugänglich, kurz dahinter liegen Wohngebäude des BGS. Von dort wurde unser Besuch an der Fachhochschule schon mißtrauisch durch den Feldstecher beobachtet. Als wir an den drei Grünröcken vorbeikamen, wurden wir sofort in ein Gespräch verwickelt. Eine Redeerlaubnis hatte von den drei anwesenden Offizieren offensichtlich nur einer: Heinemann, seit 20 Jahren dabei, Einsätze u.a. in Gorleben und ganz eindeutig ein "Psychobulle". Heinemann hat die nötigen rhetorischen Fähigkeiten und eine Schulung in Staatsbürgerkunde erfolgreich absolviert, so daß er als Kontaktbulle für unsere Tour eingesetzt wurde. Besonders befähigt ihn aber seine Diplomarbeit über Migrationsströme.

Er erzählt uns in der Tat alles, was zu erwarten war: „Der BGS hat laut §2 BGS-Aufgabengesetz den Schutz der Sicherheit der Grenze zu gewährleisten", rasselt er herunter. Was aber kann die Sicherheit einer Grenze in Friedenszeiten gefährden? Illegale Einreise, das ist jede Einreise, die nicht über einen Grenzübergang erfolgt, weil so Straftäter ins Land gelangen konnten. Da Flüchtlinge erst mal keine Straftat begangen haben, ist das Asylbegehren von Menschen, die aus einem „sicheren Drittstaat" einreisen, eine Straftat. Auch Heinemann ist nicht mit allem einverstanden, was in der Asylgesetzgebung passiert, aber die Demokratie und außerdem habe er sich nun mal für den BGS entschieden. Irgend jemand muß es ja machen. Aber das heißt nicht, daß er keine kritische Meinung habe, schließlich sei er auch in einer Partei! Und dann gibt es schließlich noch uns, ganz toll, daß wir solche Aktionen machen. Unseren Vorwürfen, der BGS wurde Flüchtlinge mißhandeln, hält Heinemann entgegen, daß die BeamtInnen den aufgrund organisatorischer Schwierigkeiten am Wochenende nicht versorgten Flüchtlingen aus eigener Tasche Wasser bezahlen oder sogar mit ihnen ihr Pausenbrot teilen. Und für die kleinen Flüchtlingskinder sei der Kühlschrank sogar mit Aletè-Babybrei gefüllt. Daß solche Menschen, die sich im Interesse der Flüchtlinge gegen die geldgierigen SchlepperInnen engagieren, Flüchtlinge mißhandeln, kann sich doch wahrlich niemand vorstellen. Und selbst wenn, so was müßte unbedingt angezeigt werden...



Blieb nur noch zu klären, wie das denn mit der Befragung der Flüchtlinge sei, bei der nicht nach Asyl gefragt wird. Da müßten wir wohl eine falsche Information haben. Zum Beweis wird einer der Stummen losgeschickt, ein Formular zu holen. Als er wenig später wiederkommt, stellt der Chef nach einem längeren (suchenden) Blick auf das Formular fest, es sei das falsche. Ein richtiges ist leider doch nicht zur Hand, aber Chef des Grenzschutzamtes, Herr Popp, wird eins bereit halten. In Frankfurt dann ist es zwar auch das „falsche", nämlich ohne die Frage nach dem Asylbegehren, aber da dem BGS langsam klar sein dürfte, daß wir dem Schwindel nicht mehr glauben, wird es uns beim zweiten Versuch überreicht.

Nachtwanderung

In Bad Muskau wurden wir von der Mitarbeiterin des Jugendkulturzentrums empfangen. Später machten einige eine kleine Nachtwanderung am Ufer der Neiße entlang. Ihre Eindrücke:

„Die Landschaft ist recht idyllisch, aber in jedem Garten ein Hund und jeder dritte Hund völlig zur Bestie mutiert. Einer heulte in ohrenbetäubender Lautstärke mindestens eine halbe Stunde hinter uns her. Mitten in der Nacht! Vom BGS ist abseits der Straßen nichts zu sehen. Nachdem die Enttäuschung verarbeitet und das Team neu eingeschworen ist, wählten wir die Straße für den Rückweg. An einer Kreuzung taucht plötzlich ein dunkelgrüner VW-Bus aus der Nacht auf und verreckt in der Kurve. Unterdessen geben wir uns im Schatten eines Zaunes betont unauffällig. Als der Motor wieder heult und der Fahrer das Fahrzeug auf unsere Höhe gesteuert hat, hört man aus dem Fenster: „Wassn hier los!"



Herr Heinemann (links) und die beiden Stummen im Hintergrund vor dem BGS-Wohnheim bei Rothenburg

Jeder Hund zur Bestie mutiert

Wir verlassen den Ort des Geschehens schnellen Schrittes, bleiben aber wenig später hinter einem Bauwagen stehen. Unter Fluchen verlassen zwei Männer, zumindest mit Taschenlampen das dunkelgrüne Auto und laufen langsam in unsere Richtung, drehen aber kurz darauf wieder ab. Wenig später kommt ein zweiter Bus. Die beiden verschwinden im angrenzenden Waldstück, welches daraufhin in Hundegebell versinkt. Wir beenden unsere Pause und setzen den Rückweg fort.

Nach einer Weile taucht hinter uns wieder ein dunkelgrüner Bus auf. Dann tut er etwas unerwartetes. Er bleibt, lange bevor er uns erreicht hat, stehen und schaltet auf der nicht gerade kleinen Straße das Licht ab. Wir setzen unseren Weg unbeeindruckt fort. Plötzlich rast das dunkelgrüne Gefährt mit hoher Geschwindigkeit an uns vorbei, wendet weiter unten und kommt jetzt direkt auf uns zu. Als es uns erreicht, springen zwei Männer raus, rennen auf uns zu, blenden uns mit Taschenlampen und brüllen: „Ausweis!" Wir verstehen nichts, bleiben aber trotz der bedrohlichen Situation erst mal ganz ruhig. Die schreien weiter das Wort Ausweis in verschiedenen Sprachen und werfen uns Nationalitäten zu. Das Ganze ist äußerst verwirrend, da der eine immerzu sagt: „Die nehmen wir mit, ganz klar, die nehmen wir mit!" Dazu kommt noch, daß sie unsere Schuhe anfassen. Faschos? Schuhräuber? Es stellt sich heraus, wir sind in eine Grenzkontrolle des BGS geraten und als sie herausbekommen, daß wir Deutsche sind, sind sie ziemlich sauer. Was uns nach alledem überrascht, sie sind in der Lage, vollständige Sätze zu sprechen.

Wir werden aufgeklärt, daß es unsere Pflicht gewesen wäre, unsere Ausweise, die einer langwierigen Funküberprüfung unterzogen werden, sofort zu zeigen. Was bleibt uns, als zu versichern, daß wir Touristen mit den örtlichen Gepflogenheiten nicht so vertraut seien und

wenigstens den Ruf „BGS!" erwartet hatten. Wir wußten gar nicht, was hier los sei! „Die gehen doch alle stiften, während ich 'BGS' rufe." Im unsachlichen Teil der Unterhaltung wird uns „undeutsches Aussehen" attestiert, sonst wäre das alles gar nicht passiert, wir kontern damit, die Beamten hätten gut Faschos sein können, was ein müdes Lachen hervorruft. Fazit: Mit Leuten wie uns macht der Job als Grenzer keinen Spaß! - „Ach! Mit was für Leuten macht's denn Spaß?" - (Schluckt die Illegalen runter.) „Na mit Leuten, die mit uns kooperieren!"

Forst-wirtschaftliche Grenzidylle

Der Rest des Heimwegs verläuft, abgesehen von einer auf polnischer Seite gezündeten Leuchtspur und den unvermeidlichen Hunden, friedlich."

Am nächsten Morgen wälzte sich eine nicht abreißen wollende Menschenschlange über die Brücke am Grenzübergang, die in der Nacht so verlassen gewesen war. Wer sich vom Strom der SchnäppchenjägerInnen mitreisen ließ, konnte am anderen Ufer das Ziel der Begierden besichtigen. Ein teilweise völlig überdachter Markt für Lebensmittel, Gartenzwerge, Kleidung, röhrende Hirsche, Volksmusik und dergleichen mehr. Kaum eineR der GrenzgängerInnen verirrt sich hinter den Markt. Eine Situation, wie sie typisch ist entlang der Grenze. Unterdessen gab die Straßentheatergruppe unserer Tour Szenen zur Grenze, zur Bürokratie und zum BGS zum Besten. Doch die Blicke derer, die ihren eben erworbenen Gartenzwerg in Sicherheit bringen wollten, blieben starr geradeaus gerichtet. Persönlich angesprochen, ob sie nicht vielleicht ein paar Informationen zu der Grenze wollten, die sie gerade so selbstverständlich passierten, antworteten die meisten mit einem knappen „Nein!".

Forst - Tod in der Neiße

Die nächste Station war Forst. Auf dem Weg dorthin begleiteten uns die Zivis sogar über Feldwege, und auch die Präsenz uniformierter Kräfte wurde stärker. In Forst selber fand eine kurze Kundgebung mit Redebeiträgen zu unserer Tour und den 1994 bei Forst in

Forst-City

der Neiße ertrunkenen Flüchtlingen statt. Die Flüchtlinge aus Sri Lanka und Pakistan waren bei dem Versuch, ans deutsche Ufer zu kommen, von der Strömung erfaßt worden. Obwohl Grenzposten sie gesehen haben müssen, wurde ihnen nicht geholfen. Später versuchte der BGS, die ganze Sache zu vertuschen. Nur durch die Hinweise polnischer Behörden bei einer Vermißtenrecherche der Antirassistischen Initiative Berlin kam die ganze Sache an die Öffentlichkeit. Einer der Ertrunkenen, ein tamilischer Flüchtling, wollte sich zu seinem Vater nach Nordrhein-Westfalen durchschlagen, wo er aufgrund der politischen Situation in Sri Lanka eine Duldung erhalten hätte. Zu den Ereignissen gibt es eine sehr bewegende SFB-Fernsehdokumentation „Tod in der Neiße" von Andrea Everwien und Elke Sasse. Die Forster Bevölkerung zeigte kaum Interesse. Auch nicht als die Theatergruppe zum zweiten Mal an diesem Tag versuchte, mit ihrem Straßentheater eine andere Art von Kommunikation aufzubauen.

Eigentlich sollte in Forst an diesem Tag am Brückenkopf eines ehemaligen Übergangs über die Neiße noch eine Gedenktafel für die Ertrunkenen angebracht werden. Aber der Stadtrat hatte dies untersagt, weil erst noch die Eigentumsverhältnisse der zerstörten Brücke geklärt werden müßten. Als wir zu dem Bestimmungsort der Tafel kamen, war dort schon jede Menge BGS. Während sie die Autos in ca. hundert Meter Entfernung parkten, stellten sich vier BGSler, unter ihnen der Kontaktbulle Heinemann, die Arroganz ihrer Macht demonstrierend, auf den Brückenkopf.

Es sind Fälle bekannt, in denen Grenzstreifen des BGS Flüchtlinge mit den Worten, „Ihr konnt hier nicht raus!", zurück in den Fluß schickten. In der lokalen Presse gab es darüber hinaus Berichte über Gemeinden, in denen Ertrunkene mit Bohnenstangen in den Fluß zurückgestoßen wurden, damit man nicht für die Beerdigungskosten aufkommen mußte. Die Zahl der in den Grenzflüssen Ertrunkenen dürfte damit um einiges die offiziellen Statistiken übertreffen.

Guben

Bis zu unserem Nachtquartier etwas außerhalb von Forst und weiterhin am nächsten Tag folgten uns die uniformierten Polizeischergen. Mit großem Aufwand wurden wir bis zum nächsten Mittag offensiv observiert. Schätzen die Ordnungskräfte die Situation an der Grenze als so brisant ein, daß unabhängige Beobachtungen verhindert, die Beobachtenden aber zumindest eingeschüchtert werden sollen? Nachdem wir von Guben aus die Einsatzleitung verständigten, daß wir uns durch die Polizeipräsenz belästigt fühlten, hielten die Bullen etwas mehr Abstand, verfolgten uns aber weiter. Kein Waldweg war zu holprig, keine Situation zu blöd. Selbst beim Baden wachte das Auge des Gesetzes über uns. Die Begründung war zuerst die Verkehrssicherheit und als das zu abstrus wurde, gaben sie vor, uns vor militanten Rechten zu schützen.

In Guben widmeten wir uns der Vorbereitung der in den nächsten Tagen geplanten Aktivitäten und besuchten in dem uns beherbergenden Kulturzentrum das Konzert einer polnischen Rockband.

ZABH-Leiter Lorsch: „Die Zäune dienen dem Schutz der Asylbewerber... Wir haben natürlich das Problem, daß die Asylbewerber in Eisenhüttenstadt diese Einrichtung als Schutz empfinden müssen, weil sie sonst diese Einrichtung nicht mehr anlaufen würden, sie würden sonst zwangsläufig auf der Parkbank irgendwo schlafen, kein geregeltes Essen mehr bekommen..."



Zentrales Asylbewerberheim

In Eisenhüttenstadt befindet sich die einzige Zentrale Aufnahmestelle (ZASt) in Brandenburg, die hier Zentrales Asyl-

Zu den Kontrollen von im Grenzgebiet lebenden AusländerInnen

Normalität?

Am 17.5.1995 wurde ich auf der Friedrich-List-Straße in Löbau vom Bundesgrenzschutz kontrolliert. Obwohl ich meinen Ausweis bei mir hatte, wurden mir die Hände mit Gewalt auf den Rücken gefesselt. Dann wurde ich nach Ebersbach gebracht, um meine Papiere genauer zu überprüfen. Nach einer dreistündigen Kontrolle wurde ich freigelassen. Die Überprüfungen hatten ergeben, daß eine Ausländerbehörde meine Personalien nicht in das Ausländerzentralregister eingespeist hatte. Der Bundesgrenzschutz sagte mir am Ende der Überprüfung in Ebersbach, daß ich mich allein kümmern muß, wie ich nach Löbau zurückkomme. Auf meinen Hinweis, daß ich kein Geld hätte und der BGS mich mit dem Dienstauto zurück nach Löbau, zum Ort der Festnahme, fahren oder die Grenzpolizei mir Geld für eine Fahrkarte geben muß, reagierte die Polizei mit Ablehnung und erklärte mir, daß dies gesetzlich nicht möglich sei. Der Bundesgrenzschutz informierte die Ausländerbehörde, aber auch diese beteuerte, daß der Ausländer die Kosten für die Rückreise selbst zu tragen hätte.

Bei meine Rückfahrt mit der Bundesbahn wurde ich kontrolliert und berkam eine Zahlungsaufforderung von 3,60 DM Fahrpreis und 60,00 DM „Strafgebühr". Wie soll ich dies von meinen 80 DM Bargeld im Monat bezahlen?

Ich verstehe, daß im Grenzgebiet verstärkte Kontrollen stattfinden. Ich wurde jedoch in den Grenzlandkreis zugewiesen und konnte mir mein vorläufiges Asyl nicht aussuchen

Gerechtigkeit beginnt für mich, wenn Polizeikontrollen menschenwürdig ablaufen, wenn man sich auch für die Fehler von Behörden einmal entschuldigen würde und wenn ich nicht von meinen geringen Geld für Sachen bezahlen muß, die nicht gesetzlich geregelt sind.

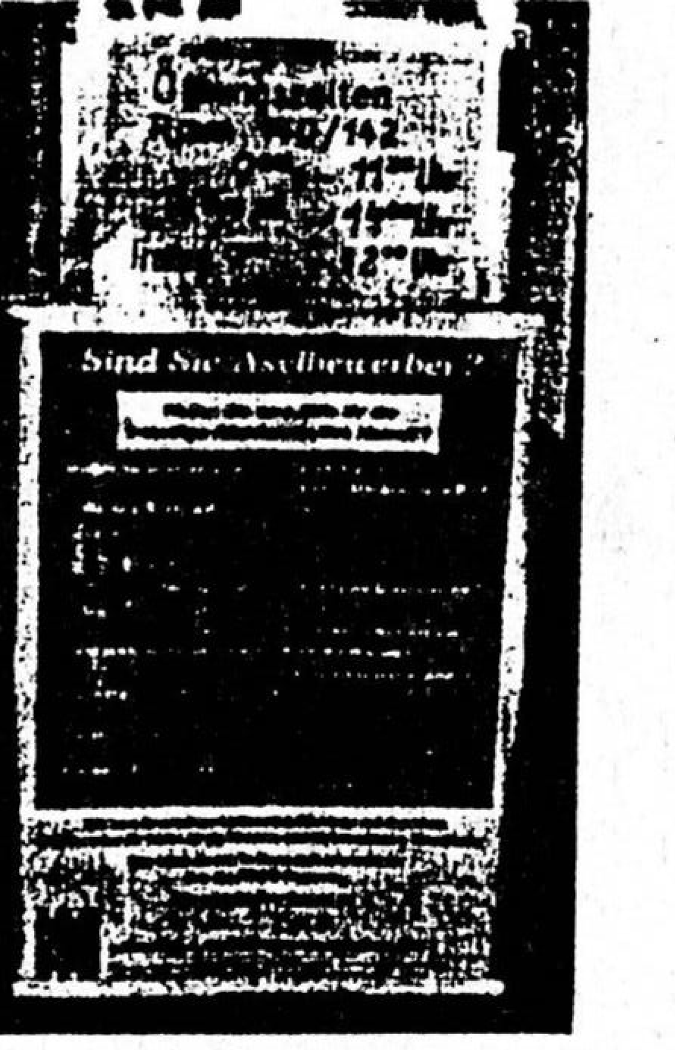
So aber fühle ich mich sehr oft als Mensch zweiter Klasse. Vielleicht liegt es an meiner schwarzen Hautfarbe?

Andre Francisco Neto



Ein Mitarbeiter der ZABH: „Das sehen die Asylbewerber nicht, auch wenn man denen das mehrmals erklärt, da müssen wir eben nur versuchen, ihnen deutlich zu machen, daß das nicht anders geht, auch für den Asylbewerber ist das einfacher..."

Anstaltsleiter Lorch: „Im Regelfall läuft eine aufenthaltsbeendende Maßnahme - ich möchte mal ein wirklich schlimmes Wort nehmen - problemlos... In dem Moment, wo die Person abhaut, wird sie von uns ganz normal zur Fahndung ausgeschrieben... wenn er dann abhaut, ist es sein eigenes Risiko..."



bewerberheim (ZABH) genannt wird. Die ZASt ist am Stadtrand neben einem Neubaugebiet in einer ehemaligen Bullenkaserne untergebracht. Sie ist von einem martialisch wirkenden Zaun umgeben. Angeblich wurde er zum Schutz der Flüchtlinge aufgestellt, nachdem es im Herbst 1992 Überfälle von Faschos gegeben hatte. Am Eingangstor gibt es ein Häuschen mit Wachpersonal. Sie kontrollieren den Eingang und bedienen den elektronischen Türöffner.

Es gab eine Führung übers Gelände mit dem Leiter und seiner Vertreterin: „Sicherheit ist oberstes Gebot." Seit 1990 sind der BOSS Sicherheitsdienst und die PETER Wohnheimbetreuung für die ZASt zuständig. Monatlich werden hier ca. 350 Menschen „aufgenommen", ungefähr 20-40% werden wegen der „Sichere-Drittstaaten-Regelung" zurückgeschoben. Flüchtlinge aus Bulgarien und Rumänien erhalten auf ihr Asylbegehren meist den Vermerk „offensichtlich unbegründet". Damit werden auch sie sofort abgeschoben. Kurdinnen werden in die Kreise verteilt und erhalten unter Umständen eine Duldung. Flüchtlinge aus der GUS werden gleich nach Mecklenburg-Vorpommern weiterverteilt.

Ein Besuch in der ZASt ist nur mit einem Passierschein möglich, für den wiederum ein konkretes Besuchsanliegen nötig ist. Die Flüchtlinge haben seit 1991 Chipkarten, die als Heimausweise dienen. Die Flüchtlinge sind dazu gezwungen, die Karten immer bei sich zu tragen. Bei jedem Betreten oder Verlassen der ZASt oder ihrer Bereiche, wie Kleiderkammer, Sanitätsraum, Ämter, müssen sie die Karten in ein Lesegerät stecken. Ohne die Chipkarten gibt es kein Essen, kein Taschengeld etc. Die Flüchtlinge waren von der ständigen Kontrolle sehr genervt, die durch einen zentralen Computer jederzeit nachvollziehbar machen, wo sich die Chipkarteninhaberinnen aufhalten und was sie gerade machen.

In der ZASt lebten etwa 300 Asylbewerberinnen, hauptsächlich alleinreisende Männer. Es gab nur wenige Familien und ungefähr 15 alleinreisende Kinder im Alter von bis zu 16 Jahren. Die Flüchtlinge kamen aus arabischen Staaten, Schwarzafrika, Vietnam, Rumänien und der Türkei. Die Leitung behauptet, daß sich Flüchtlinge durchschnittlich sieben Tage in der ZASt aufhalten, bevor über ihr weiteres Schicksal bestimmt wird. Einige Flüchtlinge zeigten uns jedoch ihre Chipkarten und beschwerten sich darüber, daß sie schon seit Monaten in Eisenhüttenstadt schmorten.

Ein Teil der ZASt ist die Erstaufnahmeeinrichtung (EAE), ein Neubau, gebaut nach dem großen Andrang 1992. Auffällig sind Trennwände aus Plexiglas zwischen den Antragstellerinnen und den Beamtinnen. Sie würden „dem Sicherheitsbedürfnis des Personals entsprechen", denn „Leute, die hier ankommen, sind nicht ganz gesund". Dies führt allerdings zu keinen Vorkehrungen gegen Ansteckung unter den Flüchtlingen.

Auch eine Außenstelle des Bundesamtes für die Ablehnung ausländischer Asylbewerber ist auf dem Gelände. Warum wir es nicht besichtigen konnten, blieb unklar.

Im Sanitätsraum werden alle Flüchtlinge auf TBC und Hepatitis untersucht. Ursprünglich gab es auch HIV-Tests, die jetzt aber nicht mehr gemacht werden. Behandelt wird in der ZASt niemand. Nur akut Erkrankte bekommen einen Krankenschein und werden an eine Ärztin in der Stadt überwiesen. Eine Behandlung erhält aber nur, wer dem Land Brandenburg auch zugeteilt wurde.



Als Beispiel für die Unterkünfte bekommen wir nur einen leerstehenden Neubau zu sehen. Gleichzeitig ist Haus 7 überbelegt. 5 Leute sind in ein Zimmer gequetscht. Die sanitären Anlagen sind kaputt, im Herbst stehen Rekonstruktionen an. Doch eine Unterbringung in dem Neubau lehnt die Betreiberfirma ab, weil sie auf einer räumlichen Trennung der Ethnien, alleinstehender Frauen und Kinder besteht. Und überhaupt, die Flüchtlinge beschweren sich angeblich gar nicht.

Außerdem verfügt die ZASt noch über ein Café, die Mensa und einen Kindergarten. Beim Personal der ZASt fällt auf, das es immer von „dem Flüchtling" als einer zu verwaltenden Sache spricht. Der Leiter findet die ZASt „praktisch für die unwissenden Asylbewerber, denn hier ist alles an einem Platz". Die Flüchtlinge sehen das anders. Sie sind isoliert. Außerhalb der ZASt sind sie permanenten Polizeikontrollen ausgesetzt. Ein Algerier, der den Namen des Bullen erfahren wollte, der ihn zum x-ten Mal kontrollierte, ist von diesem statt einer Antwort zusammengeschlagen worden.



Die Beratung zum Asylverfahren leisten zwei Mitarbeiterinnen der Caritas mit Dolmetscherinnen. Es gibt auch Sozialarbeiterinnen in der ZASt, denen aber untersagt ist, den Flüchtlingen irgend etwas zu sagen, was ihnen im Asylverfahren helfen könnte.

Am nächsten Tag erreichten wir, trotz unmenschlicher Hitze, Frankfurt. In der BGS-Kaserne am Ortseingang ließen wir ein Dokumentationsteam zurück, das ein Interview mit dem BGS-Chef Popp aufnahm. Der große Rest radelte unterdessen klingelnd und fast schon demoreif in die Innenstadt. Dort hatten Frankfurter Aktivisten eine Grenzaktion geplant: In einem Schlauchboot paddelten sie über die Oder, ohne allerdings viel Aufmerksamkeit von der Bevölkerung zu bekommen. Am Nachmittag wurde bei ebenso bescheidenem Interesse das Straßentheater noch einmal aufgeführt. Am folgenden Tag endete die Tour mit einer von den Frankfurterinnen organisierten Demonstration, bei der wir einige Themen unserer Fahrrad- und Aktionstour in Redebeiträgen noch einmal aufnahmen. Sie sind im Anhang dokumentiert. Die Auswertung der Tour und die Pressereaktionen befinden sich ebenfalls dort.

Wo fahren sie denn?

600 POLITISCHE GEFANGENE IM HUNGERSTREIK

Am 15.1.96 begannen ca. 580 Gefangene aus dem baskischen Gefangenenkollektiv eine unbefristete Hungerstreikkette, am 19.1 schlossen sich 56 Gefangene aus der GRAPO/PCE(r) an. Sie fordern die Wiederzusammenlegung des baskischen Kollektivs im Baskenland sowie die Entlassung der haftunfähigen und derjenigen Gefangenen, die 2/3 ihrer Strafe abgesessen haben.

POLITISCHE GEFANGENE IM SPANISCHEN STAAT

Das baskische Gefangenenkollektiv besteht hauptsächlich aus Angehörigen der bewaffneten Organisation ETA und den legalen Organisationen der baskischen Befreiungsbewegung MLNV. Teil des Kollektivs sind aber auch ca. 40 Gefangene aus den nichtmehr existierenden baskischen Guerillagruppen ETA politico-militar und Comandos Autonomos Anticapitalistas sowie einige Linke aus dem spanischen und französischen Staat, die für ihre Unterstützung des baskischen Kampfes kriminalisiert wurden. Einer von ihnen ist der seit über einem Jahr in Berlin-Moabit in Auslieferungshaft sitzende Katalane Benjamin Ramos Vega. 60 Gefangene sitzen in zehn französischen Knästen, sie beteiligen sich ebenfalls am Streik.
Das Kollektiv der Gefangenen aus der GRAPO/PCE(r) besteht aus ca. 70 Gefangenen. Die PCE(r) spaltete sich Anfang der 70er Jahre von der Kommunistischen Partei Spaniens PCE ab, als deutlich wurde, daß die Führung der PCE auf eine "Politik der Versöhnung" mit dem Franco-Faschismus setzte. Die GRAPO, der militärische Arm der PCE(r), führt seit 25 Jahren einen bewaffneten Kampf gegen den spanischen Staat.
Andere politische Gefangene, die sich am Hungerstreik nicht beteiligen, sind die ca. 240 Totalverweigerer, die neun Gefangenen aus der galizischen und elf Gefangenen aus der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung sowie die AnarchistInnen und "autonomen" AntifaschistInnen.

DIE VERSTREUUNG

Der Streik richtet sich gegen die Politik der Verstreuung. Mit dem EG-Beitritt Spaniens wurde die von der BRD entworfene und bis heute praktizierte Isolationshaft gegen die politischen Gefangenen in spanischen Gefängnissen durchgesetzt. Der Staat zerschlug ihre existierenden Kommunen und verstreute die Gefangenen auf über 100 Knäste, wo sie jeweils der Isolationshaft unterworfen wurden. Die baskischen Gefangenen wurden in Knäste möglichst weit weg vom Baskenland verlegt, zum Beispiel auf die 3000 km entfernten Kanarischen Inseln. Im Baskenland blieben nur 7 % der Gefangenen. Besuche von Angehörigen werden seitdem systematisch behindert, weil die Gefangenen kurz vor Besuchen häufig in andere Knäste verlegt werden, ohne daß die Angehörigen und AnwältInnen erfahren, wo sie sind. Die sozialen Beziehungen und die politische Diskussion sollen so zerstört und die Gefangenen von ihren FreundInnen, Angehörigen und GenossInnen abgeschnitten werden. Dazu kommt, daß die Gefangenen in der Isolationshaft den systematischen Mißhandlungen bei Zellenrazzien und Verlegungen seitens der Schließer sowie den Schikanen des Knastregimes schutzlos ausgeliefert sind.

DIE ERPRESSUNG

Das Ziel der Verstreuung ist es, die politische Identität der Gefangenen zu brechen. Mit den brutalen Haftbedingungen sollen sie zermürbt und zur Aufgabe gezwungen werden. Zu diesem Zweck installierte der spanische Staat das Programm der Wiedereingliederung: Gefangene, die öffentlich dem bewaffneten Kampf abschwören oder ihre GenossInnen denunzieren, erhalten im Gegenzug Hafterleichterungen wie Freigang, eine vorzeitige Entlassung sowie finanzielle Hilfe zur Wiedereingliederung. Mittels der Alternative: Knast für immer oder Abschwören wollte der Staat die Gefangenen als politischer Faktor auslöschen. Die "reuigen" Gefangenen sollten der Öffentlichkeit als gescheiterte Existenzen präsentiert werden, um somit die Sinn- und Perspektivlosigkeit des Befreiungskampfes zu "beweisen".
Die Erpressung der politischen Gefangenen ist gescheitert. In den zehn Jahren der Verstreuung haben sich nicht einmal 20 von über 1000 Gefangenen in Spanien an diesem Verrat beteiligt.
Das Abschwörprogramm ist keine spanische Besonderheit, sondern wurde und wird gegen politische Gefangene weltweit mit dem gleichen Ziel eingesetzt. In der BRD liefen in den letzten zwei Jahren Prozesse, bei denen die in der Ex-DDR verhafteten "RAF-Aussteiger" ihre Freiheit erkauften, indem sie der Staatsschutzjustiz halfen, politische Gefangene aus der RAF auf Jahre im Knast zu begraben.

DIE HAFTUNFÄHIGEN

Nach dem Ende der Franco-Diktatur kamen 1977 alle politischen Gefangenen durch eine Amnestie frei. Bald jedoch füllten sich die Knäste wieder mit Militanten der ETA, der GRAPO und anderen, die nicht nur die bürgerliche Demokratie erreichen wollten, sondern den Kampf für nationale und soziale Befreiung gegen die neuen Machthaber und alten Eliten fortsetzten. Viele dieser Gefangenen sitzen heute, 15 - 20 Jahre später, immer noch im Knast. Durch die lange Zeit unter den brutalen Haftbedingungen sind einige von ihnen unheilbar krank geworden. Ihnen steht gemäß des Artikels 60 die Haftentlassung auf Bewährung zu, aber dies wird den politischen Gefangenen ebenso verweigert wie eine angemessene medizinische Versorgung. Einer der Haftunfähigen ist der Gefangene aus der GRAPO Juan Manuel Perez Hernandez, der an "verfrühtem Altersschwachsinn" leidet. Er kann weder sprechen noch gehen und hat in siebzehn Jahren Haft drei Herzinfarkte erlitten. Obwohl er von den Behörden als "Schwerbehinderter" anerkannt wird, soll er noch weitere Jahre im Knast bleiben, wo er kaum medizinisch betreut wird und sich seine Krankheit beständig verschlimmert. Das ist kein Einzelfall, ähnlich unheilbar Kranke gibt es über ein Dutzend. Neun baskische politische Gefangene sind durch die fehlende medizinische Versorgung in den Knästen gestorben.
Ein weiteres Recht, daß den politischen Gefangenen verweigert ist, ist die Entlassung auf Bewährung nach 2/3 der Haftstrafe. Dies betrifft 40 Gefangene aus PCE(r)/GRAPO und 82 baskische Gefangene.

DER ZERBROCHENE PAKT DER MÄCHTIGEN

Die Frage der Gefangenen ist eine Machtfrage und eng an die Auseinandersetzung im Baskenland geknüpft. Auf der einen Seite stehen die Gefangenen, die ETA und die Mobilisierung auf der Straße, die entschlossen sind, der Verstreuung endgültig

ein Ende zu setzen. Auf der anderen Seite steht der Block der Madrider Parteien von der rechten PP bis zur linkssozialdemokratischen IU. Sie sind mit den baskischen Parteien, der nationalistischen PNV und der sozialdemokratischen EA in dem Pakt von Ajuria Enea verbunden. Ihr Ziel ist es, die baskische Befreiungsbewegung politisch zu isolieren und ETA militärisch zu zerschlagen.
ETA hat im April 95 und im Januar 96 zwei Vorschläge für Verhandlungen mit dem Ziel der friedlichen Beilegung des Konfliktes veröffentlicht, die im Baskenland große Unterstützung fanden. Als eine der Bedingungen für einen Waffenstillstand nannte sie die Amnestie für alle politischen Gefangenen.
Die Parteien des Paktes, einschließlich der baskischen, unterstützten bis heute bedingungslos die Verstreuung und wollten mit ETA nur verhandeln, "wo sie die Waffen abgeben kann" (Innenminister Belloch). Die starke Mobilisierung im Baskenland und die zahlreichen militärischen Aktionen von ETA im letzten Jahr haben die Herrschenden in die Defensive gedrängt und schließlich zum Bruch des Paktes von Ajuria Enea geführt: die baskische PNV hat jetzt unter dem Begriff "Annäherung" einen eigenen Vorschlag präsentiert: die Gefangenen sollen in Knäste nördlich von Madrid verlegt werden, nicht jedoch ins Baskenland und nicht in Gruppen. Die PNV mußte den harten Kurs von Ajuria Enea verlassen, um ihre Legitimation als "Vertreterin baskischer Interessen" aufrechterhalten zu können. Mit ihrem vermeintlichen Engagement für die Gefangenen wollen sie sich vor den Wahlen profilieren und die Bewegung bremsen und spalten, um daraus politisches Kapital zu schlagen.

FÜR DIE BEFREIUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN
Zehntausende demonstrierten an Silvester in den Straßen von Bilbo im Baskenland für die Freiheit der baskischen Gefangenen. Ein Funktionär des Gefängniswesens wurde entführt. Die Angehörigen haben die Kirche Buen Pastor in Bilbo besetzt und sind ebenfalls in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Täglich finden Kundgebungen, Mahnwachen, Demonstrationen und militante Angriffe im Baskenland statt. Eine breite Solidaritätsbewegung ist entschlossen, mit allen Mitteln die Forderungen der Gefangenen durchzusetzen. "Die Wiederzusammenlegung ist keine Parole. Sie ist unser Ziel und wir werden mit allen Mitteln kämpfen bis sie durchgesetzt ist. Es spielt keine Rolle, ob das mit oder gegen die PNV läuft. Für unsere Angehörigen geht es um Leben oder Tod.", so der Sprecher der Angehörigenorganisation Senideak.

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN !
HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT !

WSV - WINTER ADE - WSV

Jetzt zugreifen solange der Vorrat reicht. Streng limitierte Auflage!



Nur 100 Exemplare weltweit.
In liebevoller Handarbeit haben wir für Euch eine **Entchen-**Kollektion in verschiedenen Farben gefertigt. Zwischen 20,-- und 30,-- DM kosten diese Kunstwerke und nach Abzug von 8,50 DM Unkosten **is allet fürn juten Zweck.**
Nur an exklusiven Orten in 36 und 61 suchet und findet! Wo ein Wille ist, ist auch ein T-Shirt.

I.T.S.F.D.R.-P.

Initiative Textilindustrie sammelt für die Radi-Prozesse

Radikal im Internet

Seit dem Dezember ist die in der BRD starker Repression ausgesetzte linksradikale ***radikal*** (nr. 153, siehe auch TATblatt plus 47) Online über das World Wide Web einsehbar. *„Wir haben uns zu dieser Aktion entschlossen aus Solidarität mit den verfolgten Personen im sog. 'Radikal'-Verfahren."* Dadurch sollen der freie und unzensurierte Austausch und die Diskussion zwischen linken Gruppen und Personen gewährleistet werden, ohne daß der deutsche Staat dies behindern kann. *„Was wahr ist, wird auch in Zukunft geschrieben, gedruckt, verbreitet, gelesen (!) und 'online' gebracht.* ***Lebt und Lest Radikal.*** *SPG-Amsterdam-Niederlande."* Inzwischen sind Teile bereits in englischer Übersetzung vorhanden.
Die *radikal* 153 behandelt hauptsächlich die Repressionen gegen ihr eigenes Projekt und soll seit langem wieder einmal eine sehr brauchbare Nummer sein. Doch bildet euch selbst eine Meinung.

radikal im Internet:
http://www.xs4all.nl/~

Für Personen, die keinen Zugang zum Internet haben, oder aus Sicherheitsgründen diese Möglichkeit nicht in Anspruch nehmen wollen, hier noch einmal die Bezugsadresse:
1. Umschlag: NN, Van Ostadestraat 233n, NL-1073 Amsterdam
2. Umschlag (in den ersten gesteckt und zugepickt!): Z.K.



Novara, 21 - 1 - '96

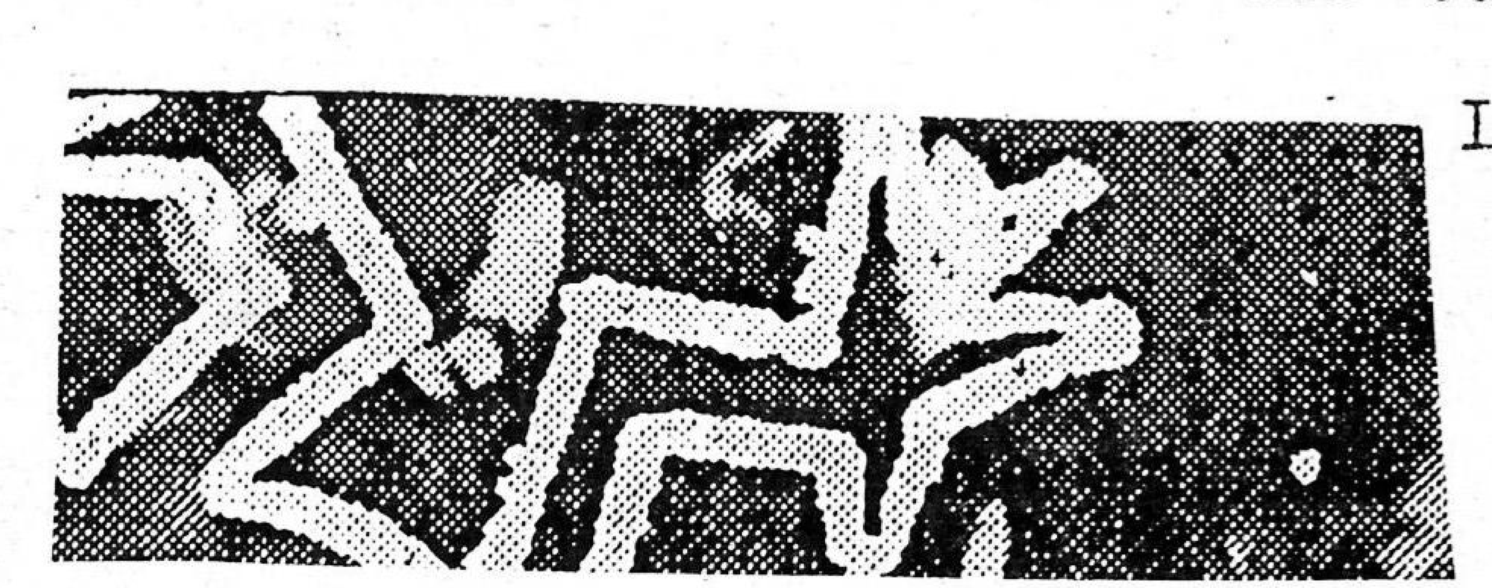
Liebe genotInnen,

heute, nach 18 tagen, habe ich das gegen die haftbedingungen hier gerichtete protestfasten unterbrochen. Klar, die mickrige zeitspanne giebt der iniziative einen eindeutig symbolischen charakter. Symbolisch ist allerdings euer sehr wirklicher und entscheidender beitrag gar nicht gewesen, dank dem das ziel der iniziative erreicht wurde, naemlich das problem der schlechten haft- und lebensbedingungen hier oeffentlich zu machen. Mir ist bekannt, dass auf regionaler ebene etliche privatsender, auf regionaler und nationaler ebene etliche zeitungen darueber berichtet haben. Regional und in der provinz wurde meine erklaerung in einigen orten auf der strasse, an persoenlichkeiten, verschiedene politische und humanitaere gruppen u. organisationen verteilt. Ein progressiver senator hat oder wird oder will im senat eine anfrage einbringen. Auch in der ch wurde die angelegenheit in presse, radio und fernsehen aufgegriffen.

Aus schon i.d.erklaerung ausgefuehrten gruenden und wie vorgesehen hat die hier degenerierte solidaritaet und ebenso degenerierter wille zum kampf im trakt jegliche aktive solidaritaet und kollektive iniziative zum vornherein verhindert, ausser dem 7-taegigen solidarischen fasten von Christos, einem anarcho, und dem fast von allen befolgten 3-taegigen hausessensstreik der leute auf demselben stock wie ich, wobei der knastleitung ein protest- und forderungsschreiben ueberreicht wurde, dessen inhalt knapper aber mit meiner erklaerung uebereinstimmend ist. Der schwache wille weniger zum kampf, wurde vom allgemeinen desinteresse oder sogar von der feindlichkeit einiger gegenueber jeglichem einsatz zur besserung der bedingungen hier verschuettet.

Das fasten ist ohne bedeutenden druck und nennenswerte repressalien abgelaufen, ausser die ersten tage in einer isolationszelle (hofgang mit allen) und die anderen wieder in der herkunftszelle, aber nachdem befohlen worden war mir auch die panzertuere immer abzuschliessen (guckloch jedoch offengelassen) und an den fenstern aussen duennmaschiges gitter angebracht worden war, was sehr schnell ging, weniger schnell wird es mit der wegnahme klappen... Da medizinische und disziplinarische gruende dazu nicht bestanden, wurde das begruendet mit: "kontrolle dass sie auch wirklich nichts essen, wissen sie, fuer's ministerium". Offensichtlich hat novara ein anderes ministerium als der knast von mailand, san vittore, wo ich zuerst 20 dann 40 tage fast immer entweder in einer zweier- od. sogar 4-er zelle fastete, und die anderen assen natuerlich. Einmal mehr konnte ich feststellen, dass die nichtkenntnis von verfassung, gesetzen und buergerrechten unter gefangenen und beamten tuer und tor oeffnet fuer willkuer und unbegruendete massnahmen, in diesem falle die vorgebliche pflicht zur aerztlichen untersuchung, was objekt einer lebhaften auseinandersetzung wurde, am anfang. Nach einigen tagen liess ich mir freiwillig taeglich 2x gewicht und blutdruck messen.

Mit dem gefuehl getan zu haben was ich tun konnte (was schlussendlich vielleicht die einzig authentische und moegliche befriedigung sein kann) und mit der grossen und freudigen sicherheit eurer solidaritaet und dem daraus erreichten zweck, beende ich diese iniziative ohne kummer und frust und denke, dass ev. angeregte verbesserungen oder 'resultate' erst mit der zeit und scheinbar oder auch in wirklichkeit nicht offensichtlich mit der iniziative verbunden zutagetreten werden. Was sofort zutagetreten wuerde waeren ev. nachtraeglich getroffene repressalien mir gegenueber, weil ich fortfahren werde meine stimme gegen ungerechtigkeit und schandtaten zu erheben... An alle, genossinnen und genossen und andere menschen, aufrichtigen und herzlichen dank fuer eure solidaritaet.



Liebe und wut

mario

SOZIALKAMPF



Die französische Regierung hat Zugeständnisse gemacht, die Streikenden haben Teilsiege errungen. Nach den längsten Streiks seit den dreißiger Jahren ist in Frankreich wieder „Normalität" eingekehrt. Der „Sozialgipfel" vom 21. Dezember hat stattgefunden; nennenswerte Ergebnisse hat er nicht gebracht.

ak

Die Regierung Juppé hat den öffentlichen Angestellten schriftliche Garantien gegeben: Das Rentenalter nach 37,5 Jahren Einzahlungsdauer in die Rentenkasse wird beibehalten und nicht auf 40 Jahre angehoben. Die Spezialregelungen bei Bahn und Metro werden beibehalten: Für die dort Beschäftigten beträgt das Rentenalter 50 bzw. 55 Jahre. Der Sanierungsplan für die Bahngesellschaft (Linienstillegungen, Arbeitsplätze etc.) ist eingefroren und wird komplett neu verhandelt. Die Regierung verzichtet auf die Abschaffung des zwanzigprozentigen Steuerabschlags für Lohn- und GehaltsempfängerInnen, die die Steuerlast enorm zuungunsten der Lohnabhängigen verschoben hätte.

Nicht angetastet wurden hingegen die Pläne Juppés zur Reform der Sozialversicherung. Keine Rede ist weiter von den je 40 Milliarden Francs (ca. 81 Mrd.öS), die der Staat wie auch die Unternehmen der Sozialversicherung schulden.

Nach einer Umfrage bei privaten Unternehmen, die Le Monde am 7.12. veröffentlichte, sehen 28 Prozent der Befragten für 1996 ein „sozial gespanntes bis sehr gespanntes" Klima in ihren Betrieben voraus; das sind deutlich mehr als in den Vorjahren (Ende 1994: 20 Prozent; Ende 1993: 12 Prozent). Der Staatshaushalt 1996 ist auf einer deutlich zu optimistischen Wachstumsprognose aufgebaut: Statt der ursprünglich angenommenen 2,8 Prozent sagt die Regierung derzeit 2,2 Prozent voraus, der Nouvel Economist 1,2 Prozent. So wird die „retour de flamme", die CGT-Chef Viannet voraussagt, das Wiederaufflammen der sozialen Konflikte, wohl nicht ausbleiben.

Unterdessen setzt sich die Debatte um die Neueinteilung der Arbeitszeit fort. Auch die bürgerliche Politik sieht sich genötigt, Rezepte gegen die hohe Arbeitslosenrate von landesweit 12 Prozent zu finden, um den von ihr angestrebten „Abbau der Defizite des Sozialversicherungssystems" zu ermöglichen.

Denn diese Defizite stehen in einem direkten Zusammenhang mit der Erwerbslosigkeit: So würden eine Million Arbeitslose weniger jährlich zwischen 60 und 70 Milliarden Francs zusätzliche Einnahmen für die Sozialversicherung bedeuten. 1993 wurden von der neugewählten bürgerlichen Regierung erste Initiativen unternommen, jedoch nicht zu Ende geführt; so wurde ein Gesetzesvorschlag des liberalen Parteienbündnisses UDF in erster Lesung angenommen, der die Einführung der 32-Stunden-Woche durch „Teilung der Arbeitsplätze" (und der Löhne) unter den Beschäftigten vorsieht.

In der aktuellen Diskussion wird das Wohl des Betriebes zum alleinigen Maßstab: Vermehrt werden Flexibilisierung und noch mehr prekäre Arbeitsverhältnisse gefordert. Schon 1993 wurde ein Gesetzesvorstoß debattiert, der die jährliche (statt wöchentliche) Berechnung der Arbeitszeit vorsieht; demnach würden die Beschäftigten, je nach Auftragslage des Unternehmens, in einer Woche nur 25 Stunden und in der nächsten dafür 48 Stunden arbeiten. Diese Form der Flexibilisierung macht Neueinstellungen so gut wie unmöglich.

Im Umfeld des „Sozialgipfels" vom 21. Dezember kamen diese Diskussionen wieder in Gang; so meldete sich Gilles de Robien, UDF-Fraktionsvorsitzender im Parlament und Autor des seinerzeitigen Gesetzentwurfs zur 32-Stunden-Woche, über Le Monde zu Wort. In Lyon verabschiedete der Regionalrat Rhône Alpes, dessen Vorsitz Charles Millon (UDF-Verteidigungsminister der Regierung Juppé) innehat, eine Resolution, die zwecks Einführung der 32-Stunden-Woche auf eine „Vereinbarung zwischen Sozialpartnern, Arbeitsämtern und Staat" abzielt. Bezahlt werden soll den Beschäftigten dabei der Lohn für 35 Wochenstunden, das bedeutet einen Lohnverlust von rund 10%.

Für diese Resolution stimmten alle Parteien, ausgenommen die KP und die rechtsextreme Front National. Die KP fordert die 35-Stunden-Woche und die Bezahlung von 39 Wochenstunden; die Front National (die im Lyoner Regionalrat stark vertreten ist) lehnt jegliche Arbeitszeitverkürzung als „Nachteil für die französische Industrie" ab.

Der mit Spannung erwartete „Sozialgipfel" am 21. Dezember hat wenig Konkretes gebracht. Zehn Stunden lang tagten 41 RepräsentantInnen von Gewerkschaften, Unternehmen und Regierung. Am Ende der Veranstaltung zeigte sich Premierminister Juppé „mehr als zufrieden". Außer einer vagen Absichtserklärung, die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen, hatte er kaum etwas zu bieten. An der 0,5 prozentigen „Sondersteuer zum Abbau der Sozialschulden" will die Regierung ebenso festhalten wie an der Lohnsenkung im öffentlichen Dienst.

Die SprecherInnen der beteiligten Gewerkschaften bewerteten das Ergebnis des „Sozialgipfels" unterschiedlich. Nicht unzufrieden äußerte sich CFDT-Chefin Nicole Notat, die von der Einführung des Modells der „Sozialpartnerschaft" träumt. CGT-Vorsitzender Louis Viannet erklärte dagegen: „Der Berg hat gekreißt und eine Maus geboren." An der Fortsetzung der Gespräche wird Viannet dennoch teilnehmen.

Die Streikbewegung hat sich fürs erste erschöpft. Daß der Kampf weitergeht, ist eine Binsenweisheit - wann und mit welcher Breite und Entschlossenheit die ungelösten Konflikte ausgetragen werden, ist derzeit nicht vorauszusagen.

aus TATblatt

Ankündigung

Rundreise mit Jonathan Mozzochi aus den USA im Februar und März 1996:

»Nach Oklahoma: Faschismus in den USA«

Der Terroranschlag in Oklahoma City vom 19. April 1995 markiert ein neues Stadium der Entwicklung des Faschismus in den USA. Die rechtsradikale Gefahr droht nicht mehr von dem immer schwächer werdenden Ku-Klux-Klan (KKK), sondern von kleinen faschistischen Terrorzellen. Sie sind Teil der Bewegung der sogenannten "Christlichen Patrioten", die ihrerseits zu der breiten Bewegung der Bürgermilizen (Militias) gehören. Timothy McVeigh und Terry Nichols, die beiden Hauptverdächtigen von Oklahoma, kommen direkt aus diesen Milieu. Die Milizen haben das erreicht, womit der KKK gescheitert ist: Eine Massenbewegung zu schaffen.
Der Anschlag von Oklahoma war der vorläufige Höhepunkt einer Welle von faschistischen Morden und Mordversuchen. Diese Gewalt richtet sich gegen UmweltschützerInnen, AfroamerikanerInnen, Schwule und Lesben und gegen Abtreibungs-ÄrztInnen. Die radikale Rechte hat der ganzen demokratischen Gesellschaft den Krieg erklärt.

Die Rundreise des US-Antifaschisten *Jonathan Mozzochi* organisiert *Searchlight* zusammen mit den deutschen Antifa-Zeitungen *Antifa Infoblatt* (Berlin), *ATZE* (Kiel), *Der Rechte Rand* (Hannover), *Antifaschistische NRW-Zeitung* (Wuppertal) und *Rabaz* (Nürnberg). Mozzochi von der *Coalition for Human Dignity* aus Portland (Oregon) wird bis Anfang März '96 in der Bundesrepublik unterwegs sein. Portland liegt im äußersten Westen der USA - der Region, in der die US-Faschisten und Christlichen Patrioten ihre "weiße Republik" errichten wollen.

Die Veranstaltungen mit Jonathan Mozzochi bietet deutschen AntifaschistInnen die seltene Gelegenheit, sich aus erster Hand über die Bedingungen und Aktionsformen der Antifa-Bewegung in den USA zu informieren. Er wird die Probleme des antifaschistischen Kampfes in den USA darstellen. Die dortige Antifa-Bewegung ist, im Gegensatz zur europäischen, mit schwer bewaffneten, extremistischen Lobbies der Waffenbesitzer konfrontiert, mit einem rassistischen, antisemitischen Christlichen Fundamentalismus, der mit der Bibel um sich schlägt sowie einer rechtsradikalen Massenbewegung

Das Attentat von Oklahoma City

169 Tote und über 500 Verletzte - das ist die grausige Bilanz des Bombenattentats von Oklahoma City am 19. April 1995. In dem völlig zerstörten Bürogebäude waren verschiedene Bundesbehörden (Polizei und Sozialverwaltung) sowie ein Kindergarten untergebracht. Die genauen Hintergründe des Terror-Anschlags sind noch immer ungeklärt. Bereits zwei Stunden nach der Explosion wurde Timothy McVeigh festgenommen, wenige Tage später auch sein Freund Terry Nichols. Beide sitzen seitdem in Untersuchungshaft. Die beiden stammen aus dem Umfeld der paramilitärischen Bürgermiliz ***Michigan Militia***. Weitere Verdächtige mußten mangels Beweisen wieder freigelassen werden. Das Hauptverfahren gegen McVeigh und Nichols soll im Mai dieses Jahres beginnen. Die US-Bundesanwaltschaft will die Todesstrafe beantragen.
Der Anschlag fand auf den Tag genau zwei Jahre nach der polizeilichen Erstürmung des Hauptquartiers einer Psychosekte in Waco (Texas) statt. Dabei kam es zu einem Großfeuer, bei dem 86 Mitglieder der ***Branch Davidian***-Sekte ums Leben kamen. Das rücksichtslose Vorgehen von FBI und anderen Polizeikräften gegen die schwerbewaffnete Sekte gilt in rechtsradikalen Kreisen seither als Fanal. Die 86 Toten gelten als Märtyrer, die nur ihr "Grundrecht auf Waffenbesitz" verteidigen wollten und deswegen vom FBI in einen "Holocaust" getrieben worden seien. Vor dem Oklahoma-Attentat hatte McVeigh verschiedentlich angekündigt, daß die Toten von Waco gerächt werden sollten.

Veranstaltungstermine auf der Rückseite!

Die Arbeit der »Coalition for Human Dignity«

Die ***Coalition for Human Dignity*** ("Koalition für die menschliche Würde") wurde 1988 gegründet. Der Auslöser war der Mord an dem äthiopischen Immigranten Muletega Seraw durch drei Nazi-Skins in Portland (Oregon). Heute hat die CHD Büros in Portland und in Seattle (Washington) und ist darüber hinaus in Montana und Idaho aktiv; diese vier Bundesstaaten liegen alle im Nordwesten der USA.
CHD beschäftigt sich mit drei Problemen:
1) Die Gewalt von "Haßgruppen", besonders von paramilitärischen Bürgermilizen und rechtsradikalen Skinheads;
2) schwulen- und lesbenfeindliche Organisationen und
3) der wachsende Einfluß der religiösen Rechten.
Die CHD organisiert Bündnis-Demonstrationen und direkte Aktionen gegen Rechtsradikale. Außerdem macht sie Recherche-Arbeit, um die Verbindungen zwischen den verschiedenen rechten Organisationen zu dokumentieren. Diese Herangehensweise ist wichtig, um die Trennung zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu überwinden, damit sie gemeinsam gegen Haß und Vorurteile kämpfen können.
Die CHD hat mitgeholfen, neue Organisationen und Bündnisse aufzubauen. So arbeiteten 1992 im "Oregon Democracy Project" großstädtische Linke, Schwulen- und Lesbenorganisationen, Bürgerrechtsgruppen und andere zusammen mit AktivistInnen aus den ländlichen Regionen. Das Projekt war eine gemeinsame Kampagne gegen die "christliche" Rechte. Diese umfassende Herangehensweise ist jedoch eine Seltenheit in den USA. Meistens haben afroamerikanische BürgerrechtlerInnen, jüdische Organisationen, Schwule und Lesben, Gewerkschaften, städtische "Autonome" usw. so viele Vorbehalte und Berührungsängste gegeneinander, daß es nur selten zu einer antifaschistischen Zusammenarbeit kommt.
1994 veröffentliche die CHD eine umfassende Dokumentation über die radikale Rechte im US-Nordwesten. Zum Thema "rechtsradikale Bürgermilizen" erstellten sie im vergangenen Jahr eine Zeitung mit Massenauflage (100.000). Die CHD publiziert den vierteljährlichen ***Dignity Report***, der an 2.000 Adressen in der Region verschickt wird.
Rassismus, Antisemitismus, Ultra-Nationalismus und Fremdenhaß sind internationale Erscheinungen. Holocaust-Leugnung, die faschistische Skinhead-Bewegung und gewalttätigen Haß gibt es auch anderswo ebenso wie in den USA. Die USA spielen aber eine wichtige Rolle beim Export rechtsradikaler Ideologien und Ressourcen (zum Beispiel das Schmuggeln von Nazi-Material nach Deutschland).
Die Notwendigkeit für internationale antifaschistische Zusammenarbeit ist besonders groß im Nordwesten der USA, wo rechte Skinheads, Neonazis, "Christian Identity"-Leute und andere ständig über die US-kanadische Grenze hin- und herreisen. Amerikanische Menschenrechtsgruppen und antifaschistische Organisationen (wie CHD) und ähnliche Gruppen im Ausland können viel voneinander lernen.

Kontakt zur CHD und Bestelladresse der Dokumentation ("The Northwest Imperative"):

Coaliton for Human Dignity
P.O. Box 40344
Portland, OR 97240

The Turner Diaries

William Pierce, Chef der Nazi-Organisation ***National Alliance***, schrieb 1978 das Buch *»Turners Diaries«* (Turners Tagebuch). Der Roman schildert im Science-Fiction-Stil die Aktionen eines straff organisierten Netzwerks von Terrorzellen. Deren Mordanschläge gegen die "Feinde des Volkes" führen schließlich zu einem großen Rassenkrieg in den USA. Auch das Attentat von Oklahoma scheint aus den "Turner Diaries" kopiert zu sein. Von diesem Buch wurden bisher angeblich 200.000 Exemplare verkauft, vor allem über den Versandhandel. Auch in Europa kursiert der Naziroman. Hier einige Auszüge:

»Gestern früh um 9.15 Uhr ging unsere Bombe in der nationalen FBI-Zentrale hoch. Unsere Sorge wegen der relativ kleinen Sprengladung war unberechtigt, der Schaden war riesig. Wir haben sicherlich einen großen Teil der FBI-Operationen für mindestens die nächsten paar Wochen unterbrochen.
Mein Tagewerk begann gestern kurz vor 5 Uhr morgens, als ich Ed Sanders in der Garage von Einheit 8 half, Heizöl mit dem Ammoniumnitrat-Dünger zu mischen (die gleiche Mischung wurde auch in Oklahoma verwendet, Anm. d.Ü.). *Währenddessen stahlen George und Henry einen Lastwagen. Da wir nur zweieinhalb Tonnen Sprengstoff hatten, brauchten wir keinen großen LKW. Deswegen beschlossen wir, den kleinen Lieferwagen einer Schreibwarenfirma zu klauen. Als der Fahrer - ein Neger - die Hintertür des Wagens öffnete und hineinkletterte, sprang ihm Henry hinterher und beseitigte ihn schnell und lautlos mit seinem Messer.*
Nach jüngsten Schätzungen wurden etwa 700 Personen durch die Explosion getötet oder starben danach in den Trümmern. Es wird zwei Wochen dauern, bis die ganzen Trümmer beseitigt sind. Es gibt keinen Weg, mit dem wir das System zerstören können, ohne viele tausend unschuldiger Leute zu schädigen. Es ist wie ein Krebs, der zu tief in unserem Fleisch sitzt. Wenn wir das System nicht zerstören, bevor es uns zerstört, wenn wir diesen Krebs nicht aus unserem Fleisch herausschneiden, dann wird unsere ganze Rasse sterben. Die Korrumpierung unseres Volkes durch die jüdisch-liberale-demokratische-egalitäre Pest zeigt sich in unserer Weichlichkeit, unserem Unwillen, die harte Realität des Lebens zu erkennen.«

The Turner Diaries / Seite 38-42

Veranstaltungstermine:

Nürnberg:	Samstag, 10. Februar	**Dresden:**	Donnerstag, 22. Februar
Stuttgart:	Montag, 12. Februar	**Leipzig:**	Freitag, 23. Februar
Reutlingen:	Dienstag, 13. Februar	**Braunschweig:**	Montag, 26. Februar
Wuppertal:	Donnerstag, 15. Februar	**Hamburg:**	Dienstag, 27. Februar
Bielefeld:	Freitag, 16. Februar	**Kiel:**	Mittwoch, 28. Februar
Oldenburg:	Montag, 19. Februar	**Potsdam:**	Freitag, 1. März
Bremen:	Dienstag, 20. Februar	**Luckenwalde:**	Sonntag, 3. März

HÜTTENDORF GEGEN DIE A33 ILLEGAL GERÄUMT - Widerstand geht weiter!!

23.1. : 8.00 Uhr morgens : 150 Bullen stürmen mit schwerem Räumgerät das Hüttendorf - 13 der 20 BewohnerInnen können sich noch auf Hütten und Türmen verschanzen. Ein Bewohner kettet sich in einem Erdloch auf dem Zufahrtsweg an und versperrt eine halbe Stunde lang dem Einsatzleiterfahrzeug und Baggern den Zugang zum Hüttendorf. 2 Stunden später und nach üblicher Schikane und sexistisch-faschistischen Scheißsprüchen der Cops, konnten die letzten BesetzerInnen in den Gefangenentransporter gezerrt werden, Rampen wurden aufwendig aufgeschüttet, die Waldrodung und die Hüttendorfdurchsuchung begannen. Das gesamte Gelände wurde mit NATO-Draht abgesichert.

Der Gefangenentransporter auf dem Weg zum Knast - war von Innen dermaßen lädiert, daß die Gefangenen an einer Ampelkreuzung diesen unwirtlichen Ort verließen, sehr zum Erstaunen der grün-weißen Reiseleiter und der im Stau stehenden Autofahrer. Leider wurde die kurz gewonnene Freiheit durch Denunziation auf"rechter" Mitbürger eine Stunde später von den Cops jäh und brutal beendet, und die Leute unter Androhung von Gewalt ED-mißhandelt. Zeitgleich erreichte ein Bewohner über ein Eilverfahren beim Verwaltungsgericht Osnabrück die "Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs gegen die Allgemeinverfügung", wodurch nach langerem Einreden und Druck durch die Präsenz von UnterstützerInnen, PassantInnen und Presse eine 20-minütige Unterbrechung der Abrißarbeiten erzwungen wurde. Diese begannen abrupt, als die Einsatzleitung Wind bekam vom Eingehen der Klage, welche sich auf das Melderecht berief, wonach die 5 gemeldeten BewohnerInnen nur auf zivilrechtlicher Basis und nach angemessen v rzeitiger, schriftlicher Aufforderung das Gelände hatten verlassen müssen.

Kurz gesagt : das Hüttendorf war keine verbotene Versammlung, die die Polizei mit Platzverweisen hätte auflösen dürfen, sondern ein Ort, wo Menschen wohnten und dieses Besitzverhältnis nicht rechtzeitig vorher aufgelöst wurde. Deshalb dürften die anstehenden Prozesse wegen Vermummung zu einer weiteren Farce, wie z.B. schon die Kreideprozesse , werden.




Es wurde trotz Verfügung, auf Drängen des Autobahnstraßenneubauamtes (Leiter : Klaus Brammer), welches auf's Hausrecht pochte, weiter abgerissen, wobei ein Großteil an Habseligkeiten verloren ging. Einige der nachkommenden UnterstützerInnen warfen sich vor die Laster und wurden dafür ebenfalls von den Bullen brutal weggeräumt, wobei mehrere Personen verletzt und zwei ED-mißhandelt wurden. Am frühen Nachmittag war das Hüttendorf-Gelände nur noch eine öde Wüste und am Abend über 400 Bäume gefällt.

Gegen 18.00 Uhr bildete sich eine Spontandemo mit 50 Leuten, die durch übernervöse, prügelnde Cops aufgelöst wurde, was eine erneute Platzbesetzung jedoch nicht verhinderte. Der Platz konnte die Nacht über mit einfachen (rumliegenden) Mitteln gegen die Bullen verteidigt werden, nachdem ein großes Feuer und ein Zelt errichtet worden waren.

Mittlerweile haben wir eine lokal bedingt gute Presse, und seitens der BürgerInnen entsteht zunehmends Solidarisierung.

Spenden: Kto.-Nr. 6514384 bei der KSK Halle/Westf., BLZ 48051580
Kontaktadresse: Hüttendorf, postlagernd 49201 Dissen, Tel. 05424/40124

Also: KOMMT ZAHLREICH zu den "AKTIONSTAGEN"! vom 3.-11. Februar


A20 NIX DA!

Von Lübeck bis Sczecin, quer durch Mecklenburg-Vorpommern soll sich, nach dem Willen der Polit-und Wirtschaftsbonzen,eine Großbaustelle fressen. Durch die neue Rennpiste, auch A20 genannt, hätten die Großkonzerne die Möglichkeit in Polen mit ausbeuterischen Methoden noch billiger zu produzieren. dabei gehts natürlich immer um die Sicherung des Wohlstandsmonopols der Deutschen auf Kosten anderer Menschen (z.B.in Polen) und der uns umgebenden Lebewesen, der Pflanzen, Tiere, d.h. der gesamten Erde.Der Autowahn, an dem natürlich die Automobilindustrie massig verdient hat kilometerlang in den Boden gestampft und asphaltierte Natur und die Zerschneidund der Lebensräume von Tieren zur Folge.Und irgendwann wird allen, trotz Abgassteuer die Luft ausgehen.Doch wenns in der öffentlichkeit Disskussion um Umwelt gibt, sind damit kosmetische Korrekturen wie Katalysator oder Lärmschutzwälle gemeint. Anstatt dieser Ökoheuchlerei ist eine radikale Veränderung unseres Umgangs mit der Erde notwendig, weg vom Wirtschaftsfaktor Natur! Ein Umgang mit der Erde ohne zerstörerische Ausbeutungsverhältnisse.

Für uns sind Hüttendörfer ein Teil der Protestbewegung gegen das rücksichtslos zerstörerische System und auch der Versuch einen neuen Umgang mit Pflanzen, Tieren und Menschen zu finden. Das daß nicht gern gesehen wird beweist die Räumung des Hüttendorfes gegen die A33 in Dissen am 23.Januar96. Die 2 verhinderten Widerbesetzungen zeigen das den HERRschenden alles daran liegt den Widerstand dort ganz zu plätten.

SOLIDARITÄT MIT DEN IM EXIL LEBENDEN HÜTTENDÖRFLER/INNEN IN DISSEN! HALTET DURCH!!!

die
wegbeschreibung:zug bis greifswald, abdem bahnhof
fahren busse richtung jarmen. ihr steigt dan in
breechen oder jarmen markt aus
TRAMPEN:das hüttendorf liegt direkt an der bundesstraße 96
zwischen berlin und greifswald. ca. 20 km vor greifswald
bei jarmen

Ach ja würden viele nette besucherinnen kommen,
das wär schon schön !!!!!!!
schnelli schnell pack deinen kram und kommher:

KOMMT VORBEI
Breechen
B-96
Brücke
Tanke
greifswald
Berlin
Jarmen
Hüttendorf
STOP

Keine A20 Hüttendorf
Peenestraße
17506 Breechen

Spendenkonto Stichwort
"Hüttendorf"
Kontonummer:
37003337
Sparkasse
Schwerin
BLZ
14051462

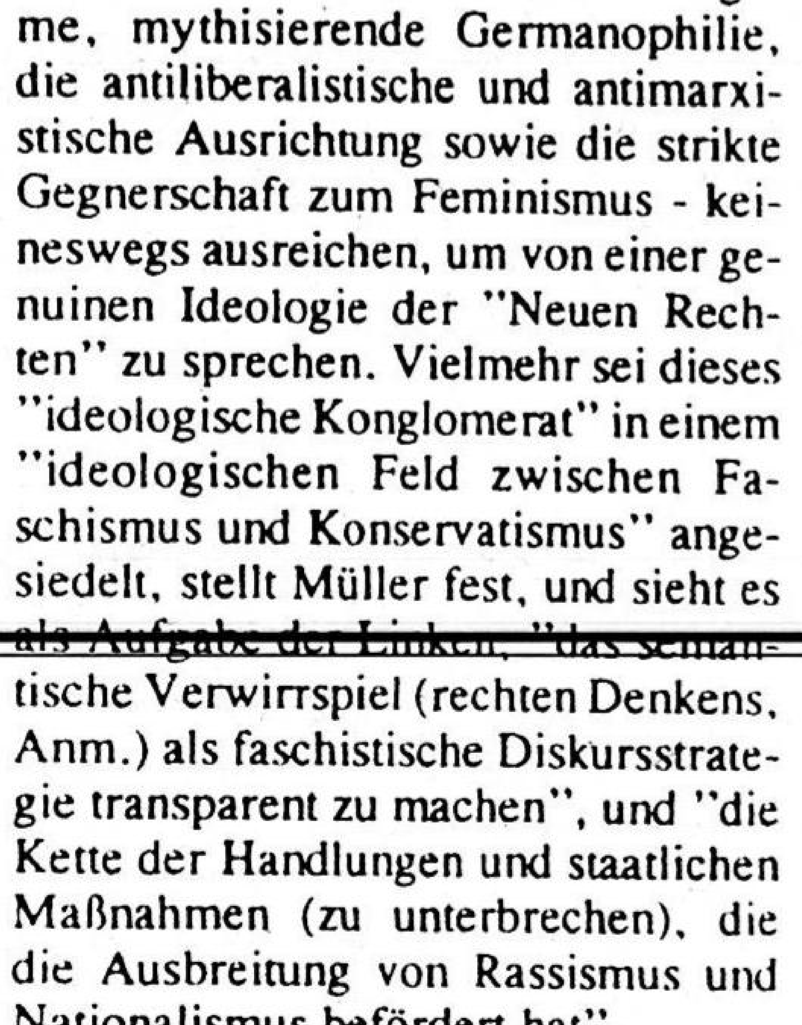
BUCHREZENSION

„Antipasti - ein italienischer Mythos"

Mythen der Rechten. Nation, Ethnie, Kultur

hobo

"Die Mythen der Rechten sind über zwei Jahrhunderte hin im wesentlichen gleich geblieben. Einst kämpferische Parolen, die gegen das Gottesgnadentum selbstherrlicher Fürsten und die scheinbar allmächtige Organisation des Klerus gerichtet waren, sind Nation, Volk und Kultur bereits zu Beginn des bürgerlichen Zeitalters in das ideologische Arsenal der konservativen Gegenrevolution eingewandert. Auch wenn sich die Darstellungs- und Ausdrucksformen geändert haben, ihre grundlegende politisch-ideologische Bedeutung haben diese Mythen seither beibehalten", umreißt Jost Müller einleitend eine seiner grundlegenden Annahmen zum nach langem Warten in der Edition ID-Archiv erschienenen Buch über *Mythen der Rechten*. Der ursprüngliche Arbeitstitel "Die Ideologie der neuen Rechten" wurde während der Arbeit am Buch nach Diskussionen mit antinationalen, antifaschistischen und antirassistischen Gruppen verworfen, weil ein solcher "monographischer Rahmen zu eng gesteckt wäre, um einer politischen Aufwertung der neurechten Zirkel zu entgehen." Angelehnt an die Annahme, Faschismus zu definieren bedeute "zuallererst die Geschichte des Faschismus schreiben" (A. Tasca), holt der nicht zuletzt aus der Zeitschrift *Die Beute* bekannte Autor im vorliegenden Buch nun weiter aus, und liefert einen Ausschnitt der ideengeschichtlichen Entwicklung der Mythen, ihrer Begriffe und historische Hintergründe ebenso wie eine Kritik des Umgangs der Linken damit.



Zur Definition von Mythos zitiert Jost Müller Roland Barthes, für den "das zentrale Moment des Mythos die Entnennung sozialer Herrschaft, etwa das Verschwinden der gesellschaftlichen Klassenbeziehungen in der politisch-sozialen Sprache" ist, was sich die "Neue Rechte", so Müller, zunutze macht, "weil es ihr nicht um eine konsistente Theorie der Gesellschaft geht, sondern um (eine) nicht analytische Haltung gegenüber dem Leben überhaupt, um Magie und Mythos". Die Berufung auf familäre, ethnische und nationale Gemeinschaften ziele dabei keineswegs auf eine Rückkehr zu vergangenen Gesellschaftszuständen, schreibt Müller, sondern diene als Richtungsvorgabe in den sozialen Auseinandersetzungen um die institutionelle Ausgestaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung. So konnte schon Ende der siebziger Jahre der Kopf der französischen *Nouvelle Droite*, Alain de Benoist, ganz nach dem marxistischen Denker Antonio Gramsci behaupten, daß die Übernahme der politischen Macht nicht möglich sei ohne vorhergehende Übernahme der kulturellen Macht. Folglich übe sich die neue Rechte in der "diskursiven Strategie der Entwendung, Umdeutung und Aneignung bestimmter Begriffe", und wolle sich (z.B. unter Berufung auf A. Gramsci) als innovative Gesellschaftstheoretiker ausweisen. Doch könnten die zum Standardrepertoire zählenden Elemente der Ideologie der "Neuen Rechten" - Nationalismus, völkische, rassistische und antisemitische Ideologeme, mythisierende Germanophilie, die antiliberalistische und antimarxistische Ausrichtung sowie die strikte Gegnerschaft zum Feminismus - keineswegs ausreichen, um von einer genuinen Ideologie der "Neuen Rechten" zu sprechen. Vielmehr sei dieses "ideologische Konglomerat" in einem "ideologischen Feld zwischen Faschismus und Konservatismus" angesiedelt, stellt Müller fest, und sieht es als Aufgabe der Linken, "das semantische Verwirrspiel (rechten Denkens, Anm.) als faschistische Diskursstrategie transparent zu machen", und "die Kette der Handlungen und staatlichen Maßnahmen (zu unterbrechen), die die Ausbreitung von Rassismus und Nationalismus befördert hat".

Ein zentraler Bestandteil des "semantischen Verwirrspiels" der "Neuen Rechten" ist die Verwendung des *"Zauberwortes Kultur"*, das innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft eine besondere legitimatorische Funktion und Bedeutung aus dem ideologischen Kampf des Bürgertums gegen Kirche und Gottesgnadentum bezogen hat. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts ging der Kulturbegriff in die politisch-soziale Sprache ein, indem er dem "primitiv" das "zivilisiert" und dem "barbarisch" das "kultiviert" entgegensetzte. Immanuel Kant (1784) unterschied noch zwischen Kultur und Zivilisation, der die Moral noch fehle, für Schiller (1795) war Kultur Programm zur "Veredelung" des Bestehenden, und für Herder sollte sich die (nationale) Seele "als Volksseele manifestieren und objektivieren". Im 19. Jahrhundert setzte daraufhin die Suche nach der deutschen Sprache und Identität ein, wobei Kultur aber noch in Abgrenzung der Bürger von den Massen verstanden wurde. Die "Übertragung des Kulturalismus auf die Massen" vollzogen erst die Nazis, die der Kulturideologie des Bildungsbürgertums "technizistische Herrschaftsutopien" hinzufügten. Die Restauration des konservativen Kulturbegriffs im Nachkriegsdeutschland stützte sich sodann wiederum auf eine provinzielle Note, ehe es die Modernisierung erforderte, "die konservative Klientel in die Affirmation der fordistischen Gesellschaft (...) einzuüben". Auf das Scheitern der Kulturrevolution in den 60er Jahren folgte der Diskurs des Postmodernismus, in dessen Folge laut Marcuse "die Gesellschaft dazu (tendiert), selbst dort totalitär zu werden, wo sie demokratische Formen und Institutionen bewahrt".

Beim *nationalen Mythos* unterscheidet Müller zwischen einem genealogischen Mythos, der sich auf die ursprüngliche Verwandtschaft, eine gemeinsame Abstammung von Menschen beruft, und einem demokratischen Mythos der Nation, der die Nation als "eine große Solidargemeinschaft", bestimmt durch eine gemeinsame Willensäußerung, definiert.

Nachdem der Nationalstaat die historische und territoriale Umgrenzung der nationalen Gemeinschaft materialisiert hat, produziert der kapitalistische Staat in einer inneren Homogenisierung Volk und Nation als "verallgemeinerte Entitäten des Politischen". Die Abgrenzung passiert auf zwei Wegen: räumlich mittels Grenzziehung und zeitlich mittels der Erfindung einer Nationalgeschichte. Damit das Volk aber auch wirklich zur Nation wird, bedarf es einer weiteren inneren Kolonialisierung durch die Behauptung einer sprachlichen ("Muttersprache") wie rassischen Gemeinschaft.

In den *Theorien über Rassismus und Ethnizität* stellt Müller zwei Ansätze zur Bestimmung von Hetero- und Xenophobie vor, wonach Xenophobie die Angst vor einer eigenen Triebentladung, die auf das Bild des Fremden verschoben wird, darstellt, bzw. wonach der Fremde als zugehörig zu einer sozialen Gruppe und dennoch als ein "Außerhalb" gesehen wird. Jedoch blieben bei beiden die "intrinsischen (innewohnenden, Anm. TB) Logiken sozialer Herrschaft" ausgespart, denn die "ideologische Rassenkonstruktion erfüllt (...) die zentrale Funktion der Verkennung des gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhangs", wobei sie sich der Aufspaltung in Körper und Geist bediene. Auch für den auch innerhalb der Linken gebräuchlichen Begriff der *Ethnie* stellt Müller fest, daß er nicht ohne einen Rückgriff auf eine "gemeinsame Herkunft" auskommt, und stellt den Thesen von Stuart Hall und Philip Cohen, die aus ihrer Sicht von Ethnizität auch "ethnischen Widerstand" (der Unterdrückten) schöpfen wollen, die Ideen der Black Panther gegenüber, die Kultur/Tradition im Widerstand transformieren wollten. (Allerdings stellen auch Hall und Cohen "Ethnizität" als dynamisch, als "Positionierung" - historisch, kulturell, politisch konstruiert - dar, Anm.)

So wie der Begriff der Ethnie mit einer kulturalistischen oder biologistischen Konnotation versehen werden kann, leben die verschiedenen Rassismen praktisch von ihrer "Übersetzung" (z.B.: Rassismus ohne "Rassen" Kultur). Wirkungsvoller sei dabei der Kulturalismus, weil der sich leichter in die sozialen Praxisformen (des Alltags, Anm.) einschreibe. Es ist auch das Spezifikum des Antisemitismus, daß dieser vor allem auf die kulturelle "Andersartigkeit" abziele, mehr denn auf eine "biologische Verschiedenheit". Die Betrachtungen über die Geschichte des Antisemitismus schließt Müller mit der Attestierung einer "neuen Form des sekundären Antisemitismus".

Zudem umfaßt das Buch, das der Infoladen im Wiener Ernst Kirchweger Haus zum "Buch des Vierteljahres" erkoren hat, Anmerkungen zum Begriff der "Konservativen Revolution" sowie Erläuterungen zu den zentralen Begriffen neurechter Ideologie: Ethnopluralismus und etatistischer Nationalismus, wobei Jost Müller sein Augenmerk stets auf das "semantische Verwirrspiel", das Umdeuten und (Neu)Interpretieren von Begriffen richtet, die auch für viele Linke zunehmend an Attraktivität gewinnen. Den Abschluß des Bandes stellen Betrachtungen historischer Faschismen dar, in denen Dynamiken und Brüche in Faschisierungsprozessen aufgezeigt werden.

Daß in einem so inhaltsreichen Buch einzelne Themen nur in knapper Form abgehandelt werden können, läßt sich schwer umgehen, und wird durch einen Anmerkungsapparat mit weiterführenden Literaturhinweisen zum Teil wettgemacht. Das Buch, dessen Beiträge z.T. schon an anderer Stelle erschienen sind jedoch überarbeitet wurden, wird beklagt, sei nicht immer ganz einfach zu lesen, jedoch stellt es in seiner Zusammenstellung von rechten Mythen und linken Gegenthesen eine Bereicherung nicht nur im Angebot der Edition ID-Archiv dar.

P.S.: Die in der Überschrift erwähnte "Antipasti" entstammt einer Anmerkung auf Seite 177 und zeigt Jost Müller von einer unerwartet humorvollen Seite.



Jost Müller
Mythen der Rechten. Nation, Ethnie, Kultur
Edition ID-Archiv, 1995
184 Seiten, öS 156,-

Stoppt staatliche und polizeiliche Einschränkungen demokratischer und kultureller Freiheiten!

Für ein selbstverwaltetes Kulturzentrum EXXIL

Vom 15.Sept.92 bis zum 1.Nov.95 existierte auf der Luisenstraße das Cafe „Fahrenheit 451". Mit diesem Cafe schloß im November ein wichtiger kultureller Treffpunkt in dieser Stadt. Neben dem normalen Café-Betrieb, indem auch einmal in der Woche ein Essen für den kleinen Geldbeutel angeboten wurde, fand ein umfangreiches Kulturprogramm statt.

Mönchengladbacher Bands, wie EA 80, Serene Fall, Another Problem, die Strafe usw., aber auch Gruppen aus dem In-und Ausland, wie z.B. Attila the Stockbroker, Quetschenpaua, Stoned Age, Red Allert, Anti Heroes hatten hier Auftrittsmöglichkeiten.

Neben Konzerten fanden hier Dichterlesungen, Austellungen und Kickerturniere statt. Vierzehntägig wurden in einer Art Programmkino ausgewählte Filme gezeigt.

Widerstand gegen Nazis

Als es in Mönchengladbach zu Naziaufmärschen im Rheydter Schmölderpark oder auch zu Brandanschlägen (z.B. auf der Bendheckerstr.) kam, bot das „Fahrehheit 451" einen Treffpunkt, um Protest und Widerstand zu organisieren. Hierdurch war es möglich, massive Proteste zu organisieren, an denen sich hunderte von Menschen beteiligten, um Nazis und Faschisten zu zeigen, daß wir sie in dieser Stadt nicht dulden. So gelang es, das alljährlich stattfindende Nazitreffen im Schmölder park, das traditionell am Volkstrauertag stattfand, 1992, 1993 und 1994 zu verhindern. Dieser Naziaufmarsch gehört nun endgültig der Vergangenheit an.

Ab September 1994 fanden im Cafe Fahrenheit vierzehntägige politische Informationsveranstaltungen verschiedener antifaschistischer Gruppen statt. Themen wie Atommülltransporte, Sexismus, Faschismus, Unterdrückung durch Sprache und vieles mehr wurden hier aufgegriffen und diskutiert.

Im Rahmen eines solchen Infoabends wurde u.a. am 3.Okt.94 der Film „Was aber wären wir für Menschen" aufgeführt, der den Umgang der Bundesrepublik mit Gefangenen aus der RAF dokumentiert. Wegen dieses Filmes, der die Haftbedingungen und die persönlichen Schicksale von Häftlingen aus der RAF beschreibt, war es in mehreren Städten der Bundesrepublik zu Kriminalisierungen gekommen.

Im Vorfeld dieser Filmveranstaltung kam es zu staatlichen Einschüchterungsversuchen. U.a. drohte ein Vertreter des Mönchengladbacher Staatsschutzes mit Durchsuchungen von Läden und Privatwohnungen in Mönchengladbach. Desweiteren wurden drei Mitglieder veranstaltender Gruppen zum Staats schutz vorgeladen. Allerspätestens seitdem befanden sich das Fahrenheit und seine BetreiberInnen im Fadenkreuz des Mönchengladbacher Staatsschutzes.

Informationsveranstaltung

„Für ein selbstverwaltetes Kulturzentrum EXXIL"

Mittwoch, 7.Februar 19.00 Uhr

Exxil Eisenbahnstraße 131 41239 Mönchengladbach-Rheydt

Der Unterstüzungskreis für ein selbstverwaltetes Kulturzentrum Exxil trifft sich jeden Montag um 18.00 Uhr im Exxil auf der Eisenbahnstr.131

Am 27.Januar 95 fand das von der Fahrenheit organisierte Festival „Sturm auf die Bastille" in der Kaiser-Friederich-Halle statt. Einige Tage vorher stand ein Vertreter des Mönchengladbacher Staatsschutzes bei den Betreibern der KFH auf der Matte - erfreulicherweise erfolglos, aber sicherlich nicht mit den besten Absichten.

Umzug auf die Eisenbahnstraße

Am 1.November 95 schloß die alte Fahrenheit und die BetreiberInnen und BewohnerInnen bezogen ein ehemaliges Verwaltungsgebäude der Deutschen Bahn AG, um hier ein sozio-kulturelles Zentrum aufzubauen. Ein Mietvertrag war vorher ausgehandelt worden, die Überweisung der Kaution und die Schlüsselübergabe hatten stattgefunden. Der Mietvertrag war unterschrieben und mußte nur noch von der Deutschen Bahn gegengezeichnet werden.

Auf der Eisenbahnstraße wollen die BetreiberInnen mit der Errichtung des „Kulturzentrums EXXIL" ein neues Projekt in Angriff nehmen, um die kulturelle und soziale Arbeit des Fahrenheits fortzusetzen und zu erweitern.

Geplant sind Café, Livemusik, ein Piercing-Studio, Platten-und Secondhandläden für Klamotten, CD's, Kassetten, Viedeos, Bücher und Zeitschriften sowie Theater-AGs und Workshops mit Jugendlichen.

Die Renovierungsarbeiten waren fast abgeschlossen, als am 17.November die Deutsche Bahn AG überraschend die Räumlichkeiten kündigten. Zur Begründung schrieb die Deutsche Bahn am 14.12. folgendes:

„Seitens der Polizei wurde uns zwischenzeitlich mitgeteilt, daß ihre Mandantin dem Kern der „Linksautonomen Szene" von Mönchengladbach angehört. Aufgrund der Polizei vorliegenden Erkenntnis steht zu befürchten, daß in unserem Gebäude ein entsprechendes Schulungszentrum eingerichtet werden soll.

Sie werden Verständnis haben, daß wir es uns nicht leisten können und wollen, mit derartigen Gruppierungen in Verbindung gebracht zu werden."

Wir müssen aufgrund dieses Briefes davon ausgehen, daß der Mönchengladbacher polizeiliche Staatsschutz hinter der „Kündigung" durch die Deutsche Bahn AG steht.

Dieser ganze Vorgang isoliert gesehen, ist dramatisch genug. In der Eisenbahnstraße leben zur Zeit zehn junge Leute, die im Vertrauen auf die Zusage der Deutschen Bahn ihre alten Wohnungen gekündigt haben. Die ehemaligen BetreiberInnen der Fahrenheit haben viel Geld in die - teilweise schon abgeschlossene - Renovierung des frühren Bahngebäudes investiert. Hier wird aus politischen Gründen versucht, Existenzen zu vernichten und das Projekt eines selbstverwalteten Kulturzentrums zu verhindern!

Die Vorgehensweise des Staatsschutzes kommt nach den bisherigen Erfahrungen sicherlich nicht überraschend. Neu ist, daß wir diese Praktiken mit dem Brief der Bahn vom 14.12. erstmals schwarz auf weiß bestätigt bekommen. Vermutungen, daß der Staatsschutz auch in der Vergangenheit evtl. VermieterInnen bzw. ArbeitgeberInnen besuchte, um politisch Aktiven das Leben schwer zu machen, haben deshalb einen realen Hintergrund.

Wenn die sog. „Kündigung" durch die Deutsche Bahn durchkommt, dann wird ein wertvolles kulturelles und soziales Projekt verhindert, die ökonomische Existenz der BetreiberInnen wird zerstört. Aber darüber hinaus besteht die große Gefahr, daß für den Staatsschutz die „Vorgehensweise Eisenbahnstraße" Schule macht.

Wir rufen alle interessierten Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen auf, ihren Beitrag zu leisten, dies zu verhindern.

Am 8.Januar wurde der „Unterstützungskreis für ein unabhängiges Kulturzentrum EXXIL" gegründet, der aus Einzelpersonen und verschiedenen politischen Gruppen besteht. Alle Interessierten sind eingeladen an seinen Treffen teilzunehmen.



herausgegeben vom Unterstützungskreis für ein selbstverwaltetes Kulturzentrum Exxil. V.i.S.d.P.: W.R. Pongs

- Stoppt staatliche und polizeiliche Einschränkungen demokratischer und kultureller Freiheiten!
- Isoliert den Staatsschutz! Keine Zusammenarbeit mit dem Staatschutz! Stoppt die Bespitzelung durch den Staatsschutz!
- Entschädigung des Exxils durch die Deutsche Bahn AG !
- Für ein selbstverwaltetes Kulturzentrum EXXIL !

SOLIDARITÄT

mit den angeklagten Antifaschistinnen und Antifaschisten aus Göttingen

Am 5./6. Juli 1994 kam es in Göttingen nach über zweijähriger Ermittlung nach §129/129a (Unterstützung von, Werbung für oder Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung) zu einer Großrazzia durch das Bundes- und Landeskriminalamt sowie den örtlichen Behörden.

Nach über einjährigem Presse- und Behörden-Hick-Hack entschied der Bundesgerichtshof am 6. August 1995 17 Antifaschistinnen und Antifaschisten den Prozeß nach §129 (kriminelle Vereinigung) vor der Staatsschutzkammer Lüneburg zu machen.

Alle 17 Angeklagten sollen von Mai 1996 bis April 1997 an zunächst 114 Verhandlungstagen vor Gericht stehen. Pro Woche sind 3 Verhandlungstage angesetzt. Der Antrag auf Verlegung dieses Mammutprozesses nach Göttingen wurde abgelehnt. Damit erhalten die angeklagten Antifaschistinnen und Antifaschisten schon vor Ende des Prozesses ein Urteil: Arbeitslosigkeit, mindestens 114 Tage Freiheitsentzug und finanzieller Ruin.

Mit diesem Prozeß gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten soll bundesweit ein Exempel statuiert werden, welches für die repressive Stoßrichtung bundesdeutscher Innenpolitik einschneidende Bedeutung hat.

Mit der Kriminalisierung der Autonomen Antifa (M) droht ein Präzedenzfall, der jede außerparlamentarische Arbeit, die sich nicht in das enge Korsett behördlicher und juristischer Reglementierung pressen läßt, von vorne herein - präventiv - zur kriminellen Tat erklärt.

Ein Schwerpunkt der Göttinger Antifa-Arbeit, die Bündnisarbeit, d.h. mit vielen antifaschistischen Kräften gegen den Neofaschismus in der Region mittels Demonstrationen vorzugehen sowie die Beteiligung am Aufbau einer bundesweiten antifaschistischen Organisation sollen unmöglich gemacht werden.

Angegriffen werden einige - gemeint sind viele!

Spendenkonto für Prozeßkosten:
Antifaschistische Liste
Konto.-Nr.: 150 497 006
Sparkasse Göttingen
BLZ: 260 500 01 · Stichwort: „SolidariTAT"

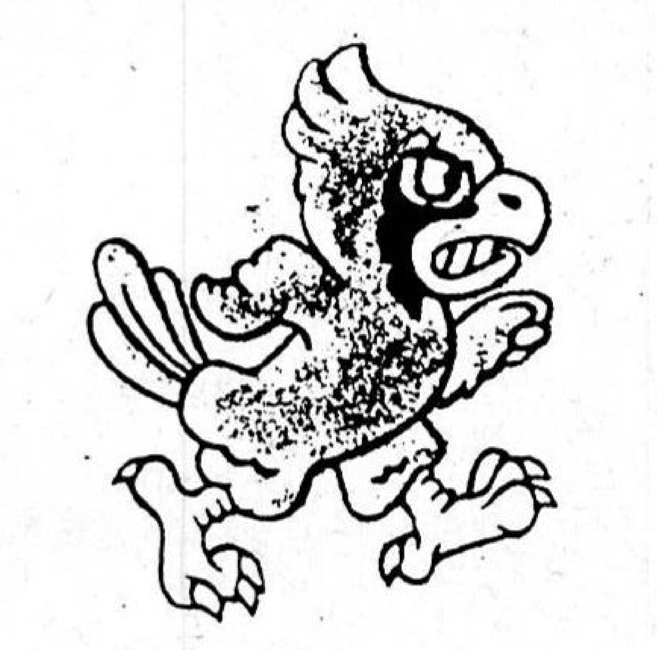
ANTIFASCHISTISCHE AKTION



Die neue
Antifa-Nachrichten-Doku

Jeden Monat gibt diese Zeitung einen Überblick über rechtsextreme Aktionen und Strukturen, über antifaschistische Aktivitäten und zum Thema Asyl.
Die "Was geht ab?" ist ein Blatt für aktive Antifas und Interessierte. Mit jeweils über 100 Berichten wird ein möglichst großer Überblick geboten, der das Durcharbeiten anderer Zeitungen erspart.
Eine Probenummer für 3,50 kriegste hier:

Was geht ab?
Postfach 110 331
10833 Berlin





Am Freitag den 1. März findet im Versammlugsraum des Mehringhofs um 19 Uhr eine erste Vollversammlung, für die Vorbereitung der diesjährigen 1. Maidemo statt.

Mephisto

Video, Ungarn/BRD/Österreich 1980, 145 min., Regie: Istvan Szabo, nach den Motiven des Roman von Klaus Mann.
Aufstieg des Theaterschauspielers Hendrik Höfgen vom Provinzmimen zum Intendanten der Berliner Staatschauspiele während der Nazizeit: Psychogramm eines Karrierebessenen, der seine Überzeugungen dem Erfolg opfert und seinen zwanghaften Opportunismus mit genialischem Künstlergehabe vor sich und anderen zu rechtfertigen versucht. ....

So. 11.02. um 17.00 Uhr

offen: Di. - Sa. 17.00 - 24.00 Uhr
So. 15.00 - 22.00 Uhr
damit nicht alles so bleibt wie es ist
☎ 785 99 73
Kreuzbergstr. 43
10965 Berlin
EL LOCCO
U. + S. Bahn Yorkstr. / Bus 140 + 119

So. 11.02. Trödelbücher
alte, verstaubte, vergilbte.......

Unsere Kinder

Video, DDR 1987, 87 min., Regie: Roland Steiner, Dokumentarfilm
Über die jugendliche Protestkultur in der DDR vor dem Umbruch. Es äußern sich Antifaschisten, denen die DDR zu heuchlerisch ist, die von den Skins Prügel einstecken, freundliche Punks, die mit ihrer Frisur provozieren wollen und schließlich Neonazis. Ein Gespräch zwischen Neonazis und der Schriftstellerin Christa Wolf zeigt Abwehr und Angst dieser jungen Leute.
Der Film des bekannten Dokumentarfilmers Roland Steiner wurde 1989 in Leipzig uraufgeführt. Er machte deutlich, daß es Skinheads und Neonazis auch in der (alten) DDR gab - ein Tabuthema in den dortigen Medien.

Mi. 14.02. um 20.00 Uhr

TERMINE

TERMINE

Ⓐ- Laden
Programm Februar 96

Donnerstag, den 1. 2. — 19 Uhr
PHILOSOPHIE DER FREIHEIT ·
Wolfgang Eckert, Herausgeber der Bakunin Schriften, stellt Bakunins politisches Lebenswerk vor.
Info- und Diskussionsveranstaltung
(Die ersten beiden Bände mit "Gott und der Staat", "Barrikadenwetter" und "Revolutionshimmel" sind im K.Kramer Verl. erschienen)

Montag, den 5. 2. — 19 Uhr
Veranstaltungsreihe des revolutionären Funken:
NATUR; SEXUALITÄT; GESELLSCHAFT
DAS WERK VON WILHELM REICH
Vortrag und Diskussion

Dienstag, den 13. 2. — 19.30 Uhr
Treffen von Sympatisanten und Mitgliedern der FAU/IAA aus Berlin und Brandenburg (FVaB B/B)

Donnerstag, den 15. 2. — 19 Uhr
WINDENERGIE
Vortrag mit Dias
Wenn Großkonzerne "Alternative Energie" vermarkten . . .

Donnerstag, den 7 März — 19 Uhr
SCHULE oder:
Die Produktion der Scheren im Kopf
Vortrag mit Experiment zur Gruppendynamik

Anarchistischer Laden, 10559 Berlin-Moabit, **Rathenower Str. 22**, Tel + Fax 394 61 67
U Birkenstr., Bus 127, 340 bis Perleberger/Rathenower Str., 227 bis Stendaler St
geöffnet Mo bis Do von 17 bis 20 Uhr Lesecafe, sonst nach Vereinbarung.
Freitags ab 19 Uhr food coop
Kontakt zur FAU/IAA im Februar auch 23./24.2 (Sa/So) ab 11Uhr, UB, Schliemannstr. 22 (U und S Schönhauser Allee).

SO36
Oranienstr. 190 1/36
Tel 615 26 01 Fax 614 73 46
FEBRUAR '96

jeden Sonntag ab 17 Uhr:
Café Fatal
Varieté und Standardtanz, von 17h - 18h Tanzkurs

jeden Mittwoch ab 22 Uhr
Hungrige Herzen
lesbischwule Disco

jeden Donnerstag ab 22 Uhr:
Epicentre
HIP HOP, C.O., Punk, H.C., Metal, Ska
von 22h - 23 h Happy Hour

jeden Montag ab 23 h: Club
ELECTRIC BALLROOM
05.02. DJs GAMMA RAY & HOMME
12.02. DJs ROK & GAYA
19.02. DJs WOLLE & WIMPY
26.02. DJs MO & DJOKER DAAN

Freitag 02.02. 23 h: Party
GROOVE THEORY
FRIENDLY HIPHOP VIBES
DJ TOMEKK

Samstag 03.02. 22 h: Party
DANCEPOOL
HIPHOP, CROSSOVER, PUNK, HARDCORE, METAL, SKA
DJ VINCENT

Freitag 09.02. 22 h: Party
DUB I-NITY
MASSIVE REGGAE DUB VIBES
SUB DUB SOUND SYSTEM
HIGH RISE SOUND
ELECTRIC LION
KING SOUND
SOUND OF PSALM
LU - JAH'S DUBVICE

Samstag 10.02. 22 h: Party
SHAMANISTIC EXPERIENCE
DJ
DER LÄCHELNDE SCHAMANE
SPECIAL GUEST
GWYNEEWEE SPACE PERCUSSION

Di 13.02. 21 h: ON-LINE Party
DIENSTAGS INTERNETZNIGHT
POETRY-SLAM, PERFORMANCE
INTERACTIVE ON-LINE SERVICE
MIT INSTALLATION UND CAFE

Freitag 16.02. 22 h: Party
JANE BOND
WOMEN ONLY

Samstag 17.02. 22 h: Party
BLACK GAY NIGHT

Freitag 23.02. 21 h: Konzert
SHELTER

Sonntag 25.02. 20 h: Gala
TEDDY GALA '96
LESBISCHWULE FILMPREISVERLEIHUNG ZUR BERLINALE

REGENBOGEN PA COMPUTER
Verkauf
Beratung
Installation
Vorort-Service
Software-Hardware
Oranienplatz 5 1 36 Tel. 615 65 80


Samstag, 10.2.96
15.00 - 20.00 Uhr
Kaffee und Kuchen im Café Größenwahn
und um
16.30 Uhr
Film: *„Feivel der Mauswanderer"*
(Eintritt frei, Spenden erwünscht)

Sonntag, 11.2.96
19.00 Uhr
Der zweite Castor kommt -
WIR SIND SCHON DA !
Film vom Tag X im Wendland, April '95

Größenwahn
Kinzigstr. 9 Hinterhaus
10247 Berlin- Friedrichshain
Tel. 291 80 83 oder 294 76 88

größenwahn
Frankfurter Allee
Spielplatz
3 5 7
9
Kinzigstraße
U5-Samariterstr

Polizei räumt Hüttendorf bei Dissen
Soliparty
16.2.-KOB
Diavortrag
ab 21h
Special guest: „Die bösen Tanten"
+ Disco
Stählerne Baggerzähne ließen den Holzhütten keine Chance



Veranstaltung von

Colpo
anarchistische Medien- und Aktionswerkstatt

für Kids und Erwachsene ab 8 Jahren

Der König und der Vogel

Zeichentrickfilm

Videofilm auf Großleinwand

Ein Liebespaar entkommt mit Hilfe eines Vogel der Gewalt eines grausamen Königs, dessen Herrschaftssystem zuletzt durch eigene Zerstörung zugrunde geht. Ein optisch wie literarisch (nach einem Märchen von Andersen) reizvoll Abenteuer; über die gefällige und fantasievolle Unterhaltung hinaus auch ein politisches und moralisches Gleichnis über die Macht.

Samstag, 10.02. um 16.00

Veranstaltungsort:
Cafe **Crelle**, Hochstädter Str. 10A:; Berlin-Wedding
S/U-Bahn Leopoldsplatz

SURF CAFE
IM KOB
vom 04.2. bis 9.2.

Shell – ein Konzern läßt sich nicht aufhalten

Ein Konzern geht über Leichen -ob gegen Menschen oder gegen die Umwelt - Militardiktaturen*Apartheidsysteme*Nordsee*OGONI-Land - Shell räumt kräftig auf.

Inforeferat mit Videocollagen

Seit 1958 besitzt Shell die Lizenzen für die Rohöl- und Erdgasförderung in Nigerias ölreichen Nigerdelta. Ohne Rücksicht auf Verluste wird aus dem Land rausgeholt was rauszuholen ist. Shell und seiner HelfershelferInnen-Regierungen, Händler, Börsenspekulanten und nicht zuletzt die VerbraucherInnen sorgen aus Tradition für Ausbeutung, Ungerechtigkeit bis zur Unmenschlichkeit.
Die Hinrichtung von Ogoni-BürgerInnenrechtlern war nicht das letzte Verbrechen.

Dienstag, 13.02. um 19.00

enternasional Kadın/Lezbiyen Mücadele Günü
internationaler Frauen/Lesben Kampftag

8. März
8. Mart

Vorbereitungstreffen - Hazırlanma Toplantısı

Vorbereitungstreffen zum 8.3.
9.2. 20 Uhr
16.2. 20 Uhr
23.2. 20 Uhr
1.3. 20 Uhr
immer im Heilehaus, 2. Stk. re
Waldemarstr. 36

dünya çapında güçlü kadın kurtuluş hareketler kurum...

yaşasın enternasyonal feminist dayanışma

"Warum macht die Banane krumm?"

Bananen, Kaffee, Kakao typische Produkte - die die VerbraucherInnen ohne Rücksicht auf ökologische und soziale Herstellungsprozeße hier als minimale Selbstverständlichkeit kaufen, Anhand des Bananenanbaues wird die ganze Ausbaeutung aufgezeigt.

Videofilm mit aktuellen Infos

Rücksichtslose Ausbeutung betreiben die großen Bananengesellschaften mit der Ökologie. Raubbau an den Urwäldern Mittelamerikas, am Boden, am biologischen Gleichgewicht schlechthin. Aber auch mit dem "Rohstoff Mensch" wird eine rücksichtslose Ausbeutung betrieben. Am Beispiel von Anja und Obando mit ihren drei Kinder in Costa Rica wird dargestellt was Bananenkauf hier in der BRD bedeutet.
Der Alltag besteht aus 12-14 Stunden härtester Arbeit in der Pflanzung. Nicht viel mehr als ein Hungerlohn wirft diese Tätigkeit ab, aber andere Arbeit gibt es nicht. Wenn Anja und Obando keine andere Arbeit finden, werden sie mit 40 Jahren unweigerlich zum alten Eisen gehören - verschlissen vom Klima, vom Arbeitstempo, von tropischen Krankheiten und von den Giften der chemischen Industrie, die beim Bananenabbau kräftig mitverdient.

Dienstag, 13.02. um 21.00

Veranstaltungsort:
El Locco, Kreuzbergstr.43, 10965 Berlin
S/U-Bahn Yorckstr.

Am letzten Donnerstag waren es wieder 10-Tausend die gegen den Sozial-Abbau auf die Strasze gingen.

Die Demo war zusammengewürfelt aus den einzelnen vom Sozial -Abbau betroffenen Gruppen, Jusos die sich dem Staat anbütteln, dasz doch bitte bitte alles beim Alten bleiben soll, Lohnarbeits-abhänige die für eine menschenwürdigere Ausbeutung kämpfen?!

Allerdings nahmen auch autonome Kräfte an der Demo teil, die durch nette kleine Seitenaktionen darauf hinwiesen worum es wirklich geht, um eine radikale Änderung der herrschenden Verhältnisse: Ein Depp ist er, der Staat, Zack.

Das vertraten auch einige Tage vor der Demo, eine Gruppe autonomer Studierender der FU, die für zwei Tage Teile ihrer Uni aus dem bürgerlichen Uni-Alltag auskoppelten.

Sie besetzten mehrere Fachbereiche , verantstalteten autonome Seminare und brachten den Alt-68er Präsi des Institutes zum Rasen, wann ziehen die anderen Bildungsfabriken nach?

Also auf der nächsten Donnerstags-Demo geht es darum:

GEMEINSAM FÜR DEN STAATSABBAU! WERDET RADIKAL!

Ansonsten müszen wir halt warten bis der mitgelaufene Kinder-block grosz und stark und gemein wird.

Vor der Demo wurde jemand festgenommen der Flugis verteilte die Anleitungen zum Laden-diebstahl gaben, nach der Demo wurden Leute von den Bullen durch einen Konsum-Tempel am Alex gehetzt und hinterher verhaftet.

Am Sonntag fand im Ex das 2.radikale Kuchenessen statt, 30 Menschen interessierten sich für den Infostand in den Verfahren gegen radi und k.o.m.i.t.e.e., viel neues gab es nicht, besser als schlechte Nachrichten allemal, aber der Kuchen war lecker.

In der Veranstaltung wurde dann noch über eine geplante Veranstaltung zum Thema Medien gesprochen, Fragen wiekönnen wir gegen staatliche Zensur vorgehen und wie können wir mit unseren Medien eine links-bürgerliche Öffentlichkeit erreichen, sollen dort erörtert werden, die Fragestellungen wurden kritisiert,Alternativen?

-Wie können wir staatliche Zensur am besten umgehen?

-Wie erreichen wir mit unseren Medien unsere eigene Szene, dasz sollte doch wohl wichtiger sein als linke Spieszer anzusprechen.

In dem Sinne, feiert radikal a.k.w.


solidaritäts
tanzen
10.2. babylonia cuvrystr.20/kerngehäuse - 21 uhr
solifete / flüchtlingsunterstützung